

6. Bericht

Sachverständigenkommission für Kriminalprävention
der Hessischen Landesregierung
(Landespräventionsrat)

Dezember 2004

Herausgeber: Sachverständigenkommission für Kriminalprävention
der Hessischen Landesregierung (Landespräventionsrat)
Hessisches Ministerium der Justiz • Luisenstraße 13 • 65185 Wiesbaden

Redaktion: Dr. Helmut Fünfsinn,
Geschäftsführer des Landespräventionsrates Hessen

Textgestaltung: Dagmar Paulmichl,
Geschäftsstelle des Landespräventionsrates Hessen

Druck: R+V Versicherung, Wiesbaden 12/2004

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
A. Landespräventionsrat	5
Liste der Mitglieder	5
Bericht	6
1. Unterstützung von und gemeinsame Veranstaltungen mit den örtlichen Präventions- gremien	6
a) Treffen mit den örtlichen Präventionsgremien am 14. Juni 2003	7
b) Treffen mit den örtlichen Präventionsgremien am 19. Mai 2004	8
c) 3. Hessischer Präventionstag und 4. Hessischer Präventionspreis	9
Bewerbungen für den 4. Hessischen Präventionspreis	11
2. Bemühungen zur bundesweiten Implementierung des Gedankens der gesamtgesell- schaftlichen Kriminalprävention	29
3. Beratung der Hessischen Landesregierung	29
4. Internetauftritt	30
B. Arbeitsgruppe I „Gewalt und Minderheiten“	31
Liste der Mitglieder und Bericht	31
1. Rechtsextremismus	31
2. Kriminalpräventive Initiativen zur verbesserten Integration der Muslime in Hessen ..	32
C. Arbeitsgruppe II „Gewalt im häuslichen Bereich“	35
Liste der Mitglieder und Bericht	35
D. Arbeitsgruppe III „Prävention für ältere Menschen“	41
Liste der Mitglieder und Bericht	41
E. Arbeitsgruppe IV „Jugendkriminalität“	43
Liste der Mitglieder und Bericht	43
1. Entlassungsurlaub im Jugendstrafvollzug	43
2. Arbeit mit Spätaussiedlern	46
3. Präventionskonzept PiT	46
4. Sparmaßnahmen der Landesregierung	48
5. Künftige Themen	49
F. Arbeitsgruppe V „Ladendiebstahl“	51
Liste der Mitglieder und Bericht	51
G. Arbeitsgruppe VI „Praxisorientierte Erfolgskontrolle“	53
Liste der Mitglieder und Bericht	53
H. Arbeitsgruppe VII „Bekämpfung illegaler Graffiti“	55
Liste der Mitglieder und Bericht	55

A.
LANDESPRÄVENTIONSRAT

Liste der Mitglieder

Vorsitzender	Prof. Dr. Iring Fetscher
Stellv. Vorsitzender und Geschäftsführer	Dr. Helmut Fünfsinn

Alphabetische Liste der weiteren Mitglieder

Barroso , Rogelio	Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Hessen e.V.
Brückner , Prof. Dr. Margrit	Fachhochschule Frankfurt am Main
Diehl , Hildebrand	Oberbürgermeister, Hessischer Städtetag e.V.
Feuchthofen , Jörg E.	Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände
Franz , Falko	Hessisches Kultusministerium
Gage-Lindner , Nancy	Hessisches Sozialministerium
Groß , Dr. Karl-Heinz	Ministerialdirigent a.D.
Gutmark , Dr. Jakob	Landesverband der jüdischen Gemeinden in Hessen
Heun , Prof. Dr. Hans-Dieter	Vorsitzender der Straffälligenhilfe und des Anstaltsbeirats Limburg
Kleinau , Andreas	Direktor, R+V Versicherung
Kreuzer , Prof. Dr. Arthur	Justus Liebig-Universität Gießen
Kulenkampff , Christoph	Staatssekretär a.D., Schader-Stiftung Darmstadt
Linz , Gert	Pfarrer, Kommissariat der Kath. Bischöfe im Land Hessen
Nolde , Joachim	Stellv. Geschäftsführer, Industrie- und Handelskammer
Popovic , Dr. med. M.	Hauptgeschäftsführer, Landesärztekammer Hessen
Raabe , Rudolf	Ltd. Ministerialrat, Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung
Raisch , Peter	Präsident, Landeskriminalamt
Reckewell , Kerstin	Oberstaatsanwältin, Staatsanwaltschaft Darmstadt
Ritzefeld , Brunhilde	Ministerialrätin, Hessisches Sozialministerium
Schelzke , Karl-Christian	Geschäftsführender Direktor, Hessischer Städte- und Gemeindebund
Scheunemann , Klaus	Journalist
Simmel-Joachim , Prof. Dr. Monika	Fachhochschule Wiesbaden
Stein , Jörg C.	Polizeioberkommissar, Gewerkschaft der Polizei
Teuter , Dr. Leo	Rechtsanwalt, Landessportbund Hessen e.V.
Tolksdorf , Klaus Jürgen	Hessischer Jugendring, Sportjugend Hessen
Ullmann , Roland	Vizepräsident, Polizeipräsidium Mittelhessen
Weyel , Frank H.	Vorsitzender der DVJJ-Regionalgruppe Hessen
Wiesemann , Wolfram	Ltd. Oberstaatsanwalt a.D.

Bericht

Die Sachverständigenkommission hat im Berichtszeitraum ihre Bemühungen, die Idee der gesamtgesellschaftlichen Kriminalprävention weiter zu verbreiten und umzusetzen, kontinuierlich in vier Richtungen fortgesetzt:

1.

Unterstützung von und gemeinsame Veranstaltungen mit den örtlichen Präventionsgremien

In erster Linie wurden weiterhin die lokalen Präventionsräte unterstützt. Die Arbeitsgruppen haben immer wieder den Kontakt zu örtlichen Präventionsgremien gesucht und sich entweder vor Ort informiert oder sich im Rahmen der Sitzung von örtlichen Projektmitarbeitern informieren lassen. Die jährlichen Treffen mit den kommunalen Präventionsgremien haben sich als feste Organisationsform etabliert.

Insgesamt hat sich damit die Erkenntnis, dass sich Präventionspolitik vordringlich an faktischen Gegebenheiten zu orientieren hat und damit grundsätzlich gemeindenah, lokal, dezentral und unter Beteiligung der Bevölkerung, insbesondere der Vereine, sowie unter Mobilisierung und Integration der behördlichen Kräfte geschehen muss, durchgesetzt.

Erstmals wurde im Rahmen des Hessentages in Bad Arolsen eine Präventionsmesse vom 13. bis 15. Juni 2003 durchgeführt.

Der Hessische Präventionspreis konnte - nachdem die R+V Allgemeine Versicherung AG die Stiftung des Preises übernommen hatte - zum vierten Mal vergeben werden. Die Preisverleihung fand im Rahmen des 3. Hessischen Präventionstages statt, der 18 Projekten mit Modellcharakter die Möglichkeit gab, sich einer breiteren Öffentlichkeit vorzustellen.

Zur Förderung der lokalen Präventionsarbeit sind im Einzelnen folgende Veranstaltungen durchgeführt worden:

a)

Treffen der örtlichen Präventionsgremien und des Landespräventionsrates am 14. Juni 2003 im Bürgerhaus der Stadt Bad Arolsen, ausgerichtet in Zusammenarbeit mit dem Kommunalen Präventionsrat Bad Arolsen

PROGRAMM

- 10.³⁰ Uhr Grußworte
Gerhard **Schaller**, Bürgermeister der Stadt Bad Arolsen
Dr. Christean **Wagner**, Staatsminister der Justiz
Prof. Dr. Iring **Fetscher**, Vorsitzender des Landespräventionsrates
- 11.⁰⁰ Uhr Darstellung der Arbeit des Kommunalen Präventionsrates Bad Arolsen
- 12.⁰⁰ Uhr Mittagspause
- 13.⁰⁰ Uhr Gesprächskreise zu den von den örtlichen Präventionsgremien angemeldeten Themen
- Gesprächskreis 1 → Integration von Spätaussiedlern
Moderation:
Wolfram Wieseemann, Leitender Oberstaatsanwalt a.D.
Gabriele Meier-Darimont, Hessisches Sozialministerium
- Gesprächskreis 2 → Sicherheit auf öffentlichen Straßen und Plätzen
Moderation:
Dr. Helmut Fünfsinn, Geschäftsführer des Landespräventionsrates
Steffen Lux, Hessisches Ministerium des Innern und für Sport
-

Das Treffen findet am Rande der vom 13. bis 15. Juni veranstalteten
Präventionsmesse
im Rahmen des Hessentages statt, so dass sowohl in der Mittagspause
als auch vor und nach dem Programm die Möglichkeit besteht,
sich umfassend über einzelne Präventionsprojekte zu informieren.

b)

Treffen der örtlichen Präventionsgremien und des Landespräventionsrates am 19. Mai 2004 in der Stadthalle Bad Hersfeld, ausgerichtet in Zusammenarbeit mit den Präventionsräten des Landkreises Hersfeld-Rotenburg und der Städte Bad Hersfeld, Bebra und Rotenburg

PROGRAMM

- 10.³⁰ Uhr Grußworte
Hartmut **Boehmer**, Bürgermeister der Stadt Bad Hersfeld
Dr. Christean **Wagner**, Staatsminister der Justiz
Prof. Dr. Iring **Fetscher**, Vorsitzender des Landespräventionsrates
- 11.⁰⁰ Uhr Darstellung der Arbeit der Präventionsgremien des Landkreises Hersfeld-Rotenburg und der Städte Bad Hersfeld, Bebra und Rotenburg
- Erste Kreisbeigeordnete *Christa Bittner* Netzwerk des Kreises
Bürgermeister *Manfred Fehr* Prävention in Rotenburg
Polizeihauptkommissar *Hasso Hofmann* Projekt SmoG
Diplom-Sozialpädagogin *Christina Kindler* Schulprojekt Sozialarbeit
Diplom-Sozialarbeiter *Thorsten Zeige* Aktion gewaltige Zeiten
- 12.¹⁵ Uhr Mittagspause
- 13.¹⁵ Uhr Gesprächskreise
- Gesprächskreis 1 → Einrichtung und Pflege der PräVIS-Datenbank in Hessen
Moderation: *Claudia Weisbart* und *Frank Stemmildt*, Landespräventionsrat
- Gesprächskreis 2 → Vorstellung und Diskussion des „Leitfadens zur praxisorientierten Erfolgskontrolle“
Moderation: *Dr. Leo Teuter*, Geschäftsführer der Arbeitsgruppe Evaluation
- Gesprächskreis 3 → Zusammenarbeit der verschiedenen hessischen Präventionsgremien auch im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit
Moderation: *Dr. Helmut Fünfsinn*, Geschäftsführer des Landespräventionsrates

c)

3. Hessischer Präventionstag und Vergabe des 4. Hessischen Präventionspreises am 12. Oktober 2004 in Wiesbaden, ausgerichtet in Zusammenarbeit mit der R+V Allgemeine Versicherung AG

AUSSCHREIBUNG:

**Vergabe
eines Präventionspreises**

Die R+V Versicherung hat zur Förderung der lokalen Präventionsarbeit einen Preis in Höhe von 5.000 Euro gestiftet und damit ermöglicht, dass voraussichtlich am 12. Oktober 2004 der 4. Hessische Präventionspreis vergeben werden kann. Mit diesem Preis sollen kriminalpräventive Projekte in Hessen unterstützt werden, die Vorbildfunktion besitzen und von Präventionsgremien zur Problembewältigung bei übereinstimmender Problemlage übernommen werden können. Aus diesem Grunde sollten sich die Projekte im Durchführungsstadium befinden, so dass neben der Beschreibung der zugrunde liegenden Konzeption auch schon auf Erfahrungen und Ergebnisse verwiesen werden kann.

Eine Kommission, die sich aus einem Direktor der R+V Versicherung und dem Arbeitsausschuss der Sachverständigenkommission für Kriminalprävention zusammensetzt, wird über die Vergabe des Präventionspreises entscheiden. Die interessierten kriminalpräventiven Projekte in Hessen können mit einer kurzen schriftlichen Darstellung ihrer Konzeption und den gewonnenen Erfahrungen und Ergebnissen teilnehmen. Die jeweiligen Beschreibungen sind bis zum **31. August 2004** an die Geschäftsstelle des Landespräventionsrates, Luisenstraße 13, 65185 Wiesbaden, zu richten. Sie können auch per e-mail vorgelegt werden: landespraeventionsrat@hmdj.hessen.de

PROGRAMM:

A. Vergabe des 4. Hessischen Präventionspreises

- 14.00 Uhr Begrüßung: Bernhard Meyer,
Vorstandsvorsitzender der R+V Allgemeine Versicherung AG
- Grußwort: Staatsminister Dr. Christean Wagner,
Hessischer Minister der Justiz
- Aufführung: People's Theater Show
- Laudatio: Prof. Dr. Iring Fetscher,
Vorsitzender der Sachverständigenkommission für Kriminalprävention
- Preisübergabe mit kurzer Selbstdarstellung der drei Preisträger:
Bernhard Meyer,
Vorstandsvorsitzender der R+V Allgemeine Versicherung AG

B. Ein Teil der Präventionsprojekte, die sich um den 4. Hessischen Präventionspreis beworben haben, stellt sich vor

- ab 15.15 Uhr Vorstellung der Projekte
- 1) Arbeitskreis „Gewalt in der Familie im Main-Taunus-Kreis“
 - 2) „Art of Movements“ - Gelnhäuser Jugend-, Sport- und Kulturtag
 - 3) Boxcamp Philippinenhof-Nordstadt Kassel (Internationaler Bund Kassel)
 - 4) Gewaltprävention durch Karate (GKV Eppertshausen e.V.)
 - 5) „INSEL“ - Integration Netzwerk Sozialisation Emotion Lernen (Psychologische Beratungsstelle des Caritasverbandes, Seligenstadt)
 - 6) Keep Cool Training (Frankfurter Kinderbüro)
 - 7) Kickboxen als Gewaltprävention (Kommunaler Präventionsrat Darmstadt)
 - 8) Polizeiliches Gütesiegel „Ausgezeichnete Wohnsicherheit“
 - 9) Schnitzing - 3D Graffiti (Hendrik Docken, Oberursel)
 - 10) Wettbewerb „1. Kasseler Jugendfilmpreis 2003/2004“ (Präventionsrat der Stadt Kassel)

Die Projekte stellen sich in der Konferenzzone bzw. in der Cafeteria vor.

1) „Angst beginnt im Kopf - Mut auch!“

Adresse: Arbeitskreis Schule im Gesprächskreis Prävention der Stadt Karben
c/o Dorothea Fingerling • Assenheimer Straße 10 • 61184 Karben
☎ (06039) 9382-130 📠 (06039) 9382-131 📧 info@aks-karben.de

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder):

Ein Team von Pädagogen, Sportwissenschaftlern und Kampfkunstexperten hat sich zum Ziel gesetzt, Menschen vom Vorschüler bis zur Seniorin mehr Sicherheit zu vermitteln. Dabei geht es auch um Möglichkeiten, wie man mittels Selbstbehauptung und Selbstverteidigung Werten wie Disziplin, Höflichkeit und Fairness wieder mehr Gewicht einräumen kann.

Das Konzept basiert auf der Stärkung des Selbstbewusstseins. Verbunden wird dies mit Elementen der Selbstbehauptung, wirkungsvollen Selbstverteidigungsstrategien und einem Konfrontationstraining. Besondere körperliche Voraussetzungen sind hierzu nicht erforderlich.

Das Kernstück der Schulungen sind realitätsnahe Rollenspiele, in denen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer „den Ernstfall“ erleben und bewältigen lernen.

Orientiert am unterschiedlichen Alter der Zielgruppe werden Einheiten in einer Gruppengröße von maximal 15 bis 16 Personen angeboten. Jede Gruppe trifft sich viermal in vier aufeinander folgenden Wochen.

In jeder Einheit werden verbale und körperliche Verhaltensweisen vermittelt, die u.a. gegen sexuelle Belästigungen/Angriffe eingesetzt werden können. Die Technikschiung zielt bewusst auf die Schwachpunkte des Angreifers. Die Techniken sind einfach zu erlernen, sofort anwendbar und realitätsnah. Die Technikschiung beruht auf Vollkontakt, d.h. die Teilnehmerinnen und Teilnehmer verlieren ihre Hemmungen, indem sie am „lebenden Objekt“ mit der Workshopleitung trainieren. Komplizierte Wurf-, Hebel- und sonstige Befreiungstechniken werden bewusst vermieden. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer lernen, ihre Gefühle wahrzunehmen, bedrohliche Situationen so früh wie möglich zu erkennen, sofort zu handeln und die Situation erfolgreich zu bewältigen.

Ergebnis:

Die ersten Kurse sind von April bis Juni 2004 durchgeführt worden; sie werden im Herbst 2004 wiederholt. Die Evaluation mittels Fragebögen, die von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern anonym ausgefüllt werden können, belegen, dass die Ziele, insbesondere das Ziel der Selbstbehauptung, erreicht werden.

2) „Arbeitsgruppe Gewalttäter an Schulen (AGGAS)“

Adresse: Polizeipräsidium Mittelhessen • Postfach 100754 • 35337 Gießen
☎ (0641) 7006-2000 📠 (0641) 7006-2001

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder):

Die seit 1996 bestehende Arbeitsgruppe, die durch den Polizeipräsidenten in Gießen und den Leiter des Staatlichen Schulamtes für den Lahn-Dill-Kreis und den Landkreis Limburg-Weilburg eingesetzt worden ist, legte zu Beginn des Projekts fest, dass

- bei Gewalthandlungen der Schüler nicht mehr weggeschaut wird;
- Grenzen gezogen, Zeichen gesetzt und nicht mehr alles geduldet wird;
- der Schulpsychologische Dienst stärker eingebunden wird;
- die Lehrkräfte besser geschult werden, um aggressivem Schülerverhalten begegnen zu können (am besten schon in der Lehrerausbildung);
- Vertrauen in die Institution Polizei aufgebaut wird;
- Schülern, Lehrern und Eltern die Angst genommen wird, sich der Polizei anzuvertrauen;
- sich das Anzeigenverhalten bei Schülern, Lehrern und Eltern verändert;
- das Dunkelfeld der Straftaten an Schulen aufgehellte und die Intensivtäter bekämpft werden;
- ein Sorgentelefon - die „Trouble Line“ - eingerichtet wird, wodurch der direkte Draht zur Polizei sichergestellt sein sollte;
- Plakate, Aufkleber und Visitenkarten mit Hinweis auf das Projekt „AGGAS“ hergestellt und verteilt werden;
- gezielt Öffentlichkeitsarbeit betrieben wird, um einen größeren Bekanntheitsgrad zu erlangen;
- monatliche Gespräche mit Schulleitern, Schulamt und Jugendamt stattfinden;
- der dauernde Dialog mit Schülern, Lehrern und Eltern gesucht und ausgebaut wird;
- gemeinsame Präventionsaktivitäten auf den Weg gebracht werden.

Ziel war es, den Schülern, Eltern und Lehrern die „Angst“ zu nehmen, sich der Polizei anzuvertrauen und bei dieser auszusagen. Damit sollte ein gegenseitiges Vertrauensverhältnis aufgebaut, das bestehende „Dunkelfeld von Straftaten“ an Schulen aufgehellte und die nicht große Anzahl der „Intensivtäter“ herausgefiltert, aus der Anonymität gerissen und einer Strafe zugeführt werden. Zwischen Polizei und Schulamt bestand unter dem Slogan „Gemeinsam statt einsam“ Übereinstimmung, dass die Verhinderung von Straftaten und die Bekämpfung der schulischen Intensivtäter Priorität haben muss, so dass repressive und präventive Arbeit verbunden wurde.

Ergebnis:

Das Projekt hat Eingang in die Konzeption des „Netzwerks gegen Gewalt“ der Landesregierung gefunden und war für viele Gewaltpräventionsprojekte in Hessen Vorreiter. AGGAS hat mittlerweile Nachahmung in verschiedenen deutschen Städten sowie in Luzern und bei der Europäischen Kommission in Luxemburg gefunden.

3) **Arbeitskreis „Gewalt in der Familie im Main-Taunus-Kreis“**

Adresse: Kreisausschuss des Main-Taunus-Kreises, Gleichstellungsstelle
Am Kreishaus 1-5 • 65719 Hofheim
☎ (06192) 201-1717 📠 (06192) 201-1766 ✉ ingrid.breckheimer@mtk.org

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder):

Der Arbeitskreis „Gewalt in der Familie“ wurde im Jahr 1999 von der Gleichstellungsstelle des Kreises, dem Verein Frauen helfen Frauen MTK e.V. und der Polizeidirektion Main-Taunus gegründet.

Konzeption zur Verbesserung polizeilicher Maßnahmen bei häuslicher Gewalt

Dieses Konzept, das im März 2001 in Kraft trat, sieht u.a. vor, dass durch die Polizeibeamten in jedem Fall Strafanzeige erstattet wird, wenn bei häuslicher Gewalt Straftaten begangen wurden.

Konzept zur pro-aktiven Beratung nach einem Polizeieinsatz

Auch dieses Konzept wurde im Jahr 2001 verabschiedet. Allen Frauen, die von Gewalt betroffen sind, wird nach einem Polizeieinsatz Beratung durch den Verein „Frauen helfen Frauen“ angeboten, um Perspektiven zu erarbeiten. (Eine pro-aktive Männerberatung befindet sich in der Planungsphase.)

Fachtag „Gewalt in der Familie“ - Psychosoziale Aspekte mit Blick auf Frauen, Kinder und Männer

Ziel dieser Tagung für Fachkräfte ist, den Blick für die Bedürfnisse der von häuslicher Gewalt betroffenen Frauen und Kinder zu schärfen und im Interesse des Opferschutzes den Blick auch auf die Männer / Täter zu lenken, sowie eine intensive Kooperation der beteiligten Institutionen mit klaren Rollen und Aufgaben herzustellen, damit Hilfen schnell und langfristig wirksam werden.

Publikationen

1999 erschien das Faltblatt „Ihr Mann / Partner schlägt oder demütigt Sie“, das im Falle häuslicher Gewalt rechtliche Möglichkeiten aufzeigt, Beratungs- und Hilfsangebote nennt und wichtige Telefonnummern enthält. 2002 wurde die Broschüre „Wenn Patientinnen von Gewalt betroffen sind“ herausgegeben mit dem Ziel, Fachkräfte im Gesundheitswesen für das Thema häusliche Gewalt zu sensibilisieren und zu informieren.

Ergebnis:

Die im Faltblatt erwähnten Beratungsstellen haben eine deutlich vermehrte Beratungstätigkeit zu verzeichnen und die Publikationen verzeichnen Zuspruch. Die Beratung der Opfer nach einem Polizeieinsatz wird überdurchschnittlich gut angenommen, wie die Fallzahlen der Polizei und der Beratungsstelle belegen. Die Erfahrungen der Arbeitskreismitglieder bestätigen den Erfolg und geben Anlass zu weiteren Planungen im Kampf gegen häusliche Gewalt. Dazu gehören u.a. die Planung einer pro-aktiven Beratungsstelle für Männer und die bereits erwähnte Fachtagung „Gewalt in der Familie“, die am 30.11.2004 im Kreishaus in Hofheim stattfindet.

4) „Art of Movements“ - Gelnhäuser Jugend-, Sport- und Kulturtag

Adresse: Magistrat der Stadt Gelnhausen • Obermarkt 7 • 63571 Gelnhausen
Ansprechpartnerin: Frau Doris-Maria Viel
☎ (06051) 830-0 📠 (06051) 830-113 📧 stadtverwaltung@gelnhausen.de

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder):

Der bislang dreimal durchgeführte Beteiligungstag für Jugendliche weicht von einem üblichen Rahmenprogramm ab und stellt die Bedürfnisse der heutigen Jugendkultur ins rechte Licht. Jugendliche verschiedener Nationalitäten bieten in der Musikszene ihre Talente dar, können nach ihren eigenen Wünschen im sportlichen Bereich tätig werden und haben ein Mitspracherecht beim Neubau der Scateranlage.

Kultur bedeutet Toleranz, und zwar jeder Art von Altersgruppen. „Wenn wir bei Jugendlichen von Kultur sprechen, meinen wir ihre eigene.“ Die Veranstaltung ist als Ort der Begegnung gedacht, nicht Ausgrenzung, sondern Einbeziehen von jungen Menschen (multikulturell), die bislang relativ wenig Ansprache fanden, deren Vorstellung ohne weiteres einmal mehr auf der Straße Realität finden, ohne sie gleich als Randgruppe zu sehen.

Durch die ständige Entwicklung von Identifikationsfaktoren der Jugendlichen mit ihrem Umfeld/ihrer Umwelt in unserer Gesellschaft entstehen Dreh- und Angelpunkte wie sie präventiver nicht mehr sein können. Die größte Aufgabe besteht darin, die Kontakte mit den Jugendlichen zu pflegen und ständiges Interesse an Kommunikation und Kooperation zu signalisieren. Dies gilt nicht nur für die Eventpolitik sondern muß fester Bestandteil des politischen und gesellschaftlichen Alltags sein.

Mit der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen ist die frühzeitige Einbeziehung der jungen Generation in die demokratische Gestaltung unseres Gemeinwesens zu erreichen.

Die Ziele sind: „Wir wollen das, was uns stärkt in unserer Gesellschaft, zeigen: Miteinander und Füreinander.“ Die Idee ist,

1. Jugendliche aus den unterschiedlichen Richtungen zusammenzubringen;
2. ihnen die Möglichkeiten für bisher unbekannte Perspektiven zu öffnen wie z.B. Kultur, Freizeit, sportliche Aktivitäten sowie Informationen/Aufklärung.

Die Veranstaltung soll Unterhaltung, Konsum, aber auch Anregungen und Innovation vereinen. Sport, Kultur, Musik und Tanz präsentiert und selbst gestaltet von, mit und für Jugendliche.

Ergebnis:

Die bisherigen Veranstaltungen, die mit der Beteiligung vieler Institutionen, Sponsoren der heimischen Wirtschaft sowie Ehrenamtlichen erfolgte, hatten großen Zulauf und führten zur Integration der Jugendlichen in das Ortsgeschehen.

5) **Boxcamp Philippinenhof-Nordstadt Kassel**

Adresse: Internationaler Bund • Holländische Straße 19 • 34127 Kassel
☎ (0561) 989-2026 📠 (0561) 989-2028 📧 jmd-kassel@internationaler-bund.de

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder):

Da in sozialen Brennpunkten wie der Kasseler Nordstadt die traditionelle Sozialarbeit oftmals an Grenzen stößt, forderte die schwierige Situation junger Ausländer, insbesondere aber die der jugendlichen Aussiedler aus Russland neue kreative und unkonventionelle Formen der Gewaltprävention. Hier setzt das Boxcamp über das Medium Boxen, insbesondere aber über die identitätsstiftende Person des Boxtrainers Lothar Kannenberg, der 1999 das Boxcamp ins Leben gerufen hat, an. Die Jugendlichen zwischen elf und 29 Jahren erlangen über das Boxtraining leichter als im sonst üblichen Alltagsgeschehen Kontakt und Beziehungskompetenzen. Sie lernen, sich angemessen mit Konflikten auseinander zu setzen, ihre Freizeit sinnvoll zu gestalten und eigene Ziele zu entwickeln.

Über die Einbindung in den Boxsport lernen sie Werte wie Anerkennung und Achtung, Fairness und Selbstdisziplin, Respekt anderen gegenüber, Aktivität und Leistungsfähigkeit, Zuverlässigkeit und Verantwortung sowie Engagement, Eigeninitiative und Gemeinschaftsfähigkeit. Mut, Kraft, Ausdauer, aufmerksam nach vorne blicken, mit Niederlagen fertig werden, nicht aufgeben, aufstehen, weitermachen - all das sind Fähigkeiten, die auf den Lebensalltag der Jugendlichen übertragbar sind.

Der Deutsche Sportbund hat mit seinem Programm „Integration durch Sport“ das Projekt mit der Finanzierung von Starhelfern tatkräftig unterstützt und einen immensen Beitrag zur Integration insbesondere der jugendlichen Spätaussiedler geleistet.

In enger Kooperation mit der Drogenberatung, der Polizei, der Jugendgerichtshilfe, Schulen, Beschäftigungsprojekten und der Agentur für Arbeit konnten Besucher des Boxcamps in Ausbildung und Arbeit vermittelt werden.

Ergebnis:

Die Jugendkriminalität ist nach Aussage der örtlichen Polizei im Stadtteil deutlich zurückgegangen. Das Boxcamp ist zu einer friedlichen Begegnungsstätte von Jugendlichen aus mehr als zwölf Nationen geworden und hat es zudem geschafft, einer großen Anzahl von Jugendlichen sportliche Erfolge zu vermitteln; hierfür steht der zweimalige südwestdeutsche Vizemeister Alexander Mezker beispielhaft.

Das Projekt wurde durch den Bundespräsidenten bei seiner ersten Hessenreise besucht, der es als Beispiel gelungener Präventionsarbeit bezeichnete.

Das Projekt erhielt den 4. Hessischen Präventionspreis.

6) „Familien helfen Familien“

Eine Initiative des Präventionsrates und der Caritas Bad Arolsen

Adresse: Andrea Pilapl, Vorsitzende der Caritaskonferenz
Große Allee 27 • 34454 Bad Arolsen
☎ (05691) 89189-23 📠 (05691) 89189-12

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder):

Idee des Projekts ist ein organisiertes Netz von Familienpatenschaften, in dem Familien mit hohen sozialen Ressourcen ausschließlich ehrenamtlich und unter fachlicher Supervision Familien unter die Arme greifen, in denen Not herrscht. Indem die Hilfe rechtzeitig in den Familien einsetzt, soll der Gewalt vorgebeugt werden.

Die Initiative verwaltet in einem Karteisystem die Adresse der Hilfesuchenden, vermerkt, welche Art von Hilfe gebraucht wird, wie oft die Hilfe erwünscht ist und welche Besonderheiten zu beachten sind. In einem weiteren Karteisystem werden die Adressen der Helfenden aufgenommen mit Hinweisen darauf, welche Hilfe diese geben wollen (Kinderwagen schieben, Gesellschaftsspiele spielen, Unterstützung bei den Hausaufgaben, Sprachhilfe etc.), welchen zeitlichen Rahmen sie sich vorstellen können und welche besonderen Begabungen/Vorlieben sie haben. Nach Vermittlung der Kontakte steht eine Heilpädagogin und systemische Familientherapeutin für fachliche Fragen und zur Supervision zur Verfügung.

Um das eher komplexe Hilfssystem anschaulich nach außen zu tragen, hat sich das Projekt ein Symbol - das Bild vom allein im Regen stehenden Menschen, der ungeschützt den familiären Stürmen ausgesetzt ist - gegeben. Konkret wurde als Symbol ein Regenschirm, der mit Liebesperlen gefüllt ist und früher auf Jahrmärkten zu erstehen war, gewählt. Der Regenschirm als Zeichen für Schutz in Verbindung mit den Liebesperlen - ein Zeichen dafür, dass kleine „Liebesdienste“ viel bewirken können.

Ergebnis:

Die derzeit 18 Helfer, die situationsentsprechend eingesetzt werden können, betreuen hilfesuchende Familien.

7) „Gewaltprävention durch Karate“

Adresse: GKV Gesundheits- und Kampfsportverein Lotus Eppertshausen e.V.
Nieder-Röder-Straße 80 • 64859 Eppertshausen
Ansprechpartner: Herr Ernes Erko Kalac, 1. Vorsitzender
☎ (06071) 393297 📠 (06071) 394330 ✉ erko-karate@gmx.de

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder):

Seit 2002 bietet der GKV Lotus Eppertshausen in der Schule auf der Aue in Münster eine AG „Karate als Selbstverteidigung“ an. Diese AG wird ganzjährig, einmal pro Woche, nach dem regulären Unterricht durchgeführt, ist aber für die teilnehmenden Schülerinnen und Schüler verpflichtend. Schwerpunkt des Projekts ist es, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer neben der Vermittlung von Selbstverteidigungstechniken zu einem gewaltfreien Umgang miteinander zu erziehen. Die teilnehmenden Schülerinnen und Schüler werden zu einem Großteil auf Anweisung der Schulleitung in den Kurs geschickt und zeichnen sich durch hohe Gewaltbereitschaft und hohes Aggressionspotenzial aus. Neben diesen Kindern und Jugendlichen nehmen allerdings auch noch einige Schülerinnen und Schüler teil, die sich „freiwillig“ für den Kurs bewerben.

Neben der Vermittlung von Karatetechniken spielt die Vermittlung von Fairness und Kooperation eine zentrale Rolle innerhalb der einzelnen Übungseinheiten. Das Vertrauen in die Disziplin und Aggressionskontrolle des Partners eröffnet besondere Möglichkeiten einer Sozialerziehung durch Karate. Bei den Partnerübungen des Karate müssen Angriffstechniken kontrolliert ausgeführt werden (d.h. sie werden vor dem Ziel arretiert). Die Trefferwirkung ist ein Regelverstoß, der unbedingt vermieden werden muss. Den Schülern soll die Verletzbarkeit des anderen bewusst bleiben, und sie sollen die Verhältnismäßigkeit von zur Selbstverteidigung eingesetzten Karatetechniken einschätzen lernen. Der koedukative Unterricht beinhaltet die Möglichkeit, sich mit geschlechtsspezifischen Sichtweisen von Verteidigungssituationen auseinander zu setzen und so gegenseitiges Verständnis zu wecken. Die Etikette und das traditionelle Zeremoniell des Karate erziehen die Schüler zu einem von gegenseitiger Achtung und Respekt geprägten Umgang miteinander.

Ergebnis:

Die bisherigen Ergebnisse zeigen Erfolge. Diese können zwar nicht mit Zahlen belegt werden, aber die Schuldirektion berichtet von einem deutlichen Rückgang von Aggressionen im Schulalltag, da insbesondere die sehr auffälligen Kinder und Jugendlichen in die AG integriert werden konnten. Die AG an der Schule auf der Aue in Münster läuft aufgrund der bisherigen, überaus positiven Erfahrungen nun schon im dritten Jahr und auch für 2005 ist bereits eine Fortsetzung geplant.

8) „INSEL“ - Integration Netzwerk Sozialisation Emotion Lernen

Adresse: Psychologische Beratungsstelle für Eltern, Kinder und Jugendliche des Caritasverbandes • Jakobstraße 5 • 63500 Seligenstadt
☎ (06182) 89 56-0 📠 (06182) 89 56-25

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder):

Unter dem Namen INSEL wurde von der Gartenstadtschule und der Beratungsstelle eine Hilfemaßnahme entwickelt, die **verhaltensauffälligen** Kindern die Integration in die soziale Gemeinschaft ihrer Schule ermöglicht. Bei dem über ein Jahr durchgeführten Programm helfen Lehrkräfte, Schulsozialpädagogen, Eltern, Schulleitung und Mitarbeiter der Beratungsstelle mit, die sozialen Kompetenzen der Kinder zu fördern und individuelle Verhaltensziele zu erreichen. Damit ist die Schnittstelle der Aufgaben von Schule und Jugendhilfe angesprochen.

INSEL ist für die Dauer eines Schuljahres konzipiert. Die Schüler werden von der Schulleitung ausgewählt. Sie übernimmt die Verantwortung für die Rahmenbedingungen der Maßnahme und für die Organisation. Die Eltern, die sich für die Teilnahme an INSEL entscheiden, verpflichten sich zur Teilnahme an regelmäßig alle sechs Wochen stattfindenden Elternabenden, die unter Mitwirkung von zwei Mitarbeitern der Beratungsstelle durchgeführt werden. Die Eltern werden darin angeleitet, das festgelegte Verhaltensziel der Kinder auch Zuhause zu trainieren. In der achtwöchig stattfindenden Lehrersupervision werden gleichsinnige Methoden zur Förderung des Zielverhaltens im Unterricht erarbeitet. Der Schulsozialpädagogin kommt in der Maßnahme eine Schlüsselfunktion zu, da sie kontinuierlich zu allen Beteiligten im Kontakt steht. Als feste Mitarbeiterin in der Schule ist sie in allen Alltagssituationen (z.B. bei Konflikten auf dem Pausenhof) präsent und ist auch Ansprechpartnerin für die Lehrkräfte.

Ziel ist es, dass die Kinder jeweils die Verhaltensweisen erlernen sollten, die bisher in der Schule vermisst wurden. Das gewünschte Verhalten wird so präzise wie möglich benannt und von allen Mitwirkenden - den Lehrern, Eltern, Gruppenleitern - gefördert. Indem alle am gleichen Strang ziehen, können Kinder die verlorene Orientierung wiedererlangen und alle Mitwirkenden eine Kultur der Zusammenarbeit aufbauen, die alte Schuldzuweisungen beendet.

Ergebnis:

Zur Überprüfung der Folge werden die regelmäßig stattfindenden Treffen mit den einzelnen Beteiligten genutzt. Der gegenwärtige Lernstand des Kindes wird jeweils mit dem formulierten Verhaltensziel verglichen. Da die Kinder bereit sind, ihr Verhalten zu reflektieren, eigene Grenzen anzuerkennen und an ihren Schwächen zu arbeiten, treten die zu Beginn des Projekts festgestellten negativen Verhaltensweisen (fast) nicht mehr auf.

Das Projekt erhielt den 4. Hessischen Präventionspreis.

9) *Keep Cool Training - Ein Anti-Aggressivitätstraining für 13- bis 15-jährige Jungen*
Ein Kooperationsprojekt des Frankfurter Kinderbüros, des Kinder- und Jugendhauses Bornheim und des Vereins Kinder- und Jugendhilfe Frankfurt am Main e.V.

Adresse: Frankfurter Kinderbüro, c/o Rüdiger Niemann
Schleiermacherstraße 7 • 60316 Frankfurt am Main
☎ (069) 212-39003 📠 (069) 430247 📧 ruediger.niemann@stadt-frankfurt.de

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder):

Das spezielle Anti-Aggressivitäts-/Coolness-Trainingsprogramm wendet sich an 13- bis 15-jährige Schüler, die durch Gewaltbereitschaft und Verhaltensauffälligkeiten, also z.B. durch Schlägereien, Erpressung, Bedrohung oder den Besitz von Waffen, in Erscheinung getreten sind und deshalb bereits eine Erziehungs- und Ordnungsmaßnahme wie z.B. Klassenkonferenz, Versetzung in eine andere Klasse, Ruhen der Schulpflicht oder gar Schulverweis erhalten haben.

Den Kindern/Schülern wird das eigene (Gewalt-) Verhalten bewusst gemacht. Sie werden mit ihren Gewalthandlungen konfrontiert. Sie werden in der Auseinandersetzung mit den eigenen Verhalten unterstützt, indem Betroffenheit hergestellt und das Einfühlen in die Rolle des betroffenen Opfers (Empathie) gefördert wird. Mit ihnen werden Handlungsalternativen entwickelt wie z.B. Deeskalation statt Eskalation, gewaltfreie Konfliktlösungsstrategien usw.

An dem Gruppenprogramm können sechs Kinder teilnehmen, mit denen innerhalb der Auswahlphase bereits Gespräche geführt werden. Die Kinder werden dem Projekt von den MitarbeiterInnen der Sozialrathäuser, Schulen und des Schulpsychologischen Dienstes vorgeschlagen. Eltern- und Hilfeplangespräche sind Bestandteile dieser Vorbereitungsphase. Vor Beginn des eigentlichen Gruppenprogramms wird mit den Schülern und Eltern ein Trainingsvertrag abgeschlossen. Das Gruppenprogramm erstreckt sich regelmäßig einmal wöchentlich auf ca. drei bis vier Stunden. In der Nachbetreuungsphase werden die Vereinbarungen und Trainingsziele überprüft. Es finden weiterhin abschließende Gespräche mit den Eltern und den zuweisenden Stellen (Schulen, Sozialrathäuser usw.) statt.

Ergebnis:

Aus Sicht der Trainer, des Tutors und der mitarbeitenden Gäste war das Keep Cool Training ein interessantes und gelungenes Experiment, mit dem es gelang, die Teilnehmer zu einer Selbstreflexion zu bewegen, über eigenes Verhalten nachzudenken, ein gewaltloses Leben anzustreben und sich künftig mit mehr Selbstkontrolle durchs Leben zu bewegen.

10) „Kickboxen als Gewaltprävention“

Adresse: Kommunalen Präventionsrat Darmstadt
Frankfurter Straße 71 • 64293 Darmstadt
☎ (06151) 132484 📠 (06151) 134403 ✉ ingo.koch@darmstadt.de

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder):

Zurzeit trainieren etwa 80 bis 100 Jugendliche, von denen ein Großteil Migranten- bzw. Ausiedlerjugendliche sind, regelmäßig vor allen Dingen Kampfsportarten, im Einzelnen Boxen, Kickboxen, Thaiboxen, das ihnen ermöglicht, Erfolgserlebnisse und Anerkennung zu erfahren, Aggressionen zu kanalisieren, Regeln und Grenzen zu akzeptieren und ihre Stärken in den Vordergrund zu stellen.

Als Trainer wurden ebenfalls zum Teil Jugendliche und junge Erwachsene der Zielgruppe engagiert, um ihnen Verantwortung zu übertragen und ihr Selbstbewusstsein zu stärken. Insgesamt trainieren hier etwa 17 Nationen unter einem Dach. Das ganze Projekt wird von einem Sozialarbeiter der Jugendförderung begleitet, welcher selbst aktiver Boxer ist und hierdurch den Zugang zu den Jugendlichen hat.

Ziele des Projekts sind die Gewaltprävention durch alters- und geschlechtsspezifische Angebote, Stärkung von Selbstbewusstsein und Selbstwertgefühl, Abnahme der Gewalt im Stadtteil, Integration unterschiedlicher Kulturen und Nationalitäten, Übertragung von Verantwortung, ein drogenfreies Leben durch sportliche Betätigung, die Zunahme der Sprachkompetenz sowie das Erlernen und die Einhaltung von Grenzen und Möglichkeiten.

Ergebnis:

Die regelmäßige Teilnahme von etwa 80 bis 100 Jugendlichen an den Kursen des Sportstudios zeigt, dass über das Medium Sport sonst kaum zu erreichende Jugendliche angesprochen werden können.

11) „Kids gegen Gewalt - Wir üben dafür“

Adresse: Präventionsforum des Odenwaldkreises
Michelstädter Straße 12 • 64711 Erbach
☎ (06062) 70-417 📠 (06062) 70-160 📧 b.pfau@odenwaldkreis.de

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder):

Zwei Teams aus jeweils einer Mitarbeiterin der Jugendgerichtshilfe und der Polizei bieten das Projekt als dreistündige Unterrichtseinheit in allen Klassen der Jahrgangsstufe 6 der Schulen des Odenwaldkreises an. Den beteiligten Lehrern - einbezogen werden teilweise auch Mitarbeiter der Schulsozialarbeit - wird ein Einstieg in die Gewaltthematik und zugleich Gelegenheit gegeben, aus ihrer Sicht Problemlagen zu schildern, die das Team im Unterricht aufgreifen kann.

Die Unterrichtseinheit verläuft zumeist über drei Schulstunden, beginnt mit einem kurzen Film zum Thema, führt über eine gemeinsame Definition von Gewalt zu mehreren Rollenspielen, in denen interaktiv Hilfsmaßnahmen erarbeitet werden. Ein zentraler Leitsatz in den Unterrichtseinheiten ist „Reden verhindert Gewalt“. Nach Ablauf der Unterrichtseinheiten erhält jeder der Beteiligten ein Button des Projekts als Anerkennung mit Erinnerungswert.

Durch dieses Vorgehen sollen die Ziele des Konzepts,

- Jugendliche und Lehrer für die verschiedenen Formen von Gewalt zu sensibilisieren;
- Konfliktwahrnehmung zu üben;
- Konfliktlösungsmöglichkeiten ohne Gewalt aufzuzeigen und zu erproben;
- Verhaltensformen zu entwickeln, die dazu beitragen, möglichst nicht Opfer zu werden;
- Deeskalationsstrategien aufzuzeigen;
- Einfühlungsvermögen für andere zu entwickeln sowie
- Verantwortung für sich selbst zu übernehmen und sich mitzuteilen erreicht werden.

Ergebnis:

Das Projekt „Kids gegen Gewalt - Wir üben dafür“ wird seit 2002 flächendeckend an allen Schulen im Odenwaldkreis in 6. Klassen angeboten. Es erreicht ca. 1.200 Schüler jährlich in allen Schulformen von Lernhilfe über Haupt- und Realschule bis zum Gymnasium.

12) **Konfliktbearbeitung und Gewaltprävention „Mediation und Schulprogramm“**

Adresse: Hessisches Landesinstitut für Pädagogik (HeLP)
Stuttgarter Straße 18-24 • 60329 Frankfurt am Main
☎ (069) 38989-230 📠 (069) 38989-606 📧 h.rademacher@help.hessen.de

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder):

„Mediation und Schulprogramm“ versteht sich als ein gewaltpräventives Projekt, das ein umfangreiches mehrstufiges Programm zur Umsetzung von konstruktiver Konfliktberatung und Mediation an hessischen Schulen anbietet und die Implementierung als Teil des Schulprogramms fördert.

„Mediation und Schulprogramm“ hat sich nach einer Pilotphase (1994-1997) in Offenbach als Projekt im Rahmen des HeLP unter dem Stichwort „Konfliktbewältigung“ etabliert, inhaltlich wie strukturell differenziert und weiterentwickelt.

Das Projekt geht davon aus, dass Konflikte Teil des Schullebens sind, die jedoch - wenn sie destruktiv ausgetragen werden - hohe soziale Folgekosten nach sich ziehen und Energien binden, die für das Lernen nicht zur Verfügung stehen.

Daher müssen die Konfliktkosten gesenkt, die Konfliktlösekompetenzen von LehrerInnen und SchülerInnen erhöht sowie eine konstruktive Konfliktkultur in Klasse und Schule entwickelt werden.

Mediation ist ein Verfahren konstruktiver Konfliktbearbeitung, bei dem neutrale Dritte den Konflikt erhellen helfen und die Konfliktbeteiligten die Lösungsvorschläge selbst erarbeiten.

Mit dem Projekt wird die Sensibilisierung möglichst vieler Beteiligter einer Schule (Lehrkräfte, SchülerInnen, Eltern) für die Ideen der konstruktiven Konfliktbearbeitung durch Basistraining für Lehrkräfte und verschiedene Programme für Schulklassen erstrebt. Zugleich soll eine Verbesserung der Kommunikationskompetenz sowie die Vermittlung und praktische Anwendung von Instrumenten konstruktiver Konfliktbearbeitung erreicht werden. Dies geschieht mittels Fortbildung von Lehrkräften durch Schulmediatoren und Qualifizierung von SchülerInnen zu Streitschlichtern sowie Einrichtung einer tätigen Streitschlichtergruppe in der Schule. Hinzu tritt die Vernetzung verschiedener Ansätze mit gewaltpräventiver Zielrichtung durch Zusammenarbeit mit Vereinen, Polizei und Jugendhilfe.

Ergebnis:

Seit Beginn des Jahres 2001 sind mehr als 140 hessische Schulen aller Schulformen in den hessischen Regionen beteiligt. Insgesamt sind heute 200 Schulen, d.s. 10 % aller hessischen Schulen, in dieses Mediationsprojekt eingebunden. Im Schuljahr 2003/2004 sind 25 neue Schulen mit dem Basistraining Mediation eingestiegen, weitere zwölf Schulen folgen. Seit 1997 haben 2.500 Lehrkräfte ein Basistraining absolviert, in über 3.000 Klassen wurden Mediations-Klassenprogramme durchgeführt und in 50 Projektschulen wurden über 500 Schüler zu Schüler-Mediatoren ausgebildet.

13) *People's Theater*

Adresse: Forum e.V. • Neusalzer Straße 60 • 63069 Offenbach am Main
☎ (069) 8484-7533 📠 (069) 8484-7532 ✉ kontakt@peoples-theater.de

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder):

In Zusammenarbeit mit der Städtischen Koordinationsstelle für kommunale Gewaltprävention, der „Leitstelle für Zusammenleben in Offenbach“, dem Staatlichen Schulamt sowie der Kreisjugendförderung hat der gemeinnützige Verein Forum e.V. ein Konzept namens People's Theater entwickelt. Ein Aktionsteam, bestehend aus acht ehrenamtlich tätigen und zwei auf Honorarbasis bezahlten Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 18 und 24 Jahren, bieten Stadt und Kreis Offenbach verschiedene Programme an. Die People's Theater Show wird regelmäßig und langfristig in den Unterricht eingebunden, um die soziale und ethische Erziehung an Schulen zu unterstützen. Die Auftritte finden vorwiegend in Schulen, aber auch in Jugendbildungswerken und -zentren statt. Ein neunköpfiger pädagogischer Beirat berät und begleitet die Projektentwicklung.

Ziel der Shows ist es, dass Kinder und Jugendliche ihr eigenes, kreatives Potential entdecken, Konflikte auf konstruktive Weise zu lösen und ihre soziale Kompetenz entwickeln. Es gilt, das Gewaltpotential an Schulen zu verringern, um Lehrkräften und Schülern den Weg hin zu einer „fruchtbaren“ Lernumgebung zu ebnet. Konkrete Gewaltvorfälle sollen mit Schülern und Lehrern in einem Diskussionsrahmen problematisiert werden. Auch Themen wie Drogen, Rassismus, Beruf und Karriere, Familienkonflikte etc. sollen aufgegriffen werden. People's Theater behandelt die Themen auf unterhaltsame und anschauliche Art und Weise mit dem Ziel, positive Lösungsansätze anzuregen und gemeinsam mit dem Publikum zu entwickeln. Dabei werden Elemente des Theaters und der Talkshow miteinander verbunden.

Wie funktioniert das? Innerhalb der Show wird eine kurze Theaterszene vorgespielt, in der ein sozialer Konflikt dargestellt wird. Kurz bevor die Situation eskaliert, stoppt ein Moderator die Szene und gemeinsam mit dem Publikum geht er auf die Suche nach den Hintergründen des Konflikts und fördert eine gemeinsame Aussprache über mögliche konstruktive Lösungswege. Das Publikum wird nicht nur ermutigt, Lösungsvorschläge vorzubringen, sondern diese auch selbst theatralisch auszuprobieren. Dabei erkennen die Kinder bzw. Jugendlichen oft sehr schnell, dass nicht zuzuschlagen, sondern der Versuch, das Problem mit Worten zu regeln, der erfolgreichere Weg ist. Außerdem wird auch überlegt, welche Eigenschaften zum Durchführen von Lösungsvorschlägen hilfreich bzw. notwendig sind.

Durch die Vermittlung ethischer Werte werden neue Möglichkeiten zur friedlichen Konfliktbewältigung aufgezeigt.

Ergebnis:

Das People's Theater ist vom Bundesfamilienministerium im Rahmen des Wettbewerbs „Staat - Sozial“, mit dem die Wirtschaft Projekte unterstützt, die zum Wissenstransfer aus der Wirtschaft in den sozialen Bereich beitragen, als eines der 25 erfolgversprechendsten Projekte Deutschlands ausgezeichnet worden. Es ist bisher 582-mal in 146 Klassen, 44 Schulen sowie einzelnen Kindergärten und -horten, aber auch zu großen Präsentationen jeweils mit nachhaltigem Erfolg aufgetreten.

14) **Polizeiliches Gütesiegel „Ausgezeichnete Wohnsicherheit“**

Adresse: Polizeipräsidium Frankfurt am Main
Adickesallee 70 • 60322 Frankfurt am Main
☎ (069) 755-82100 📠 (069) 755-82109 📧 ppffm@polizei.hessen.de
u n d
Präventionsrat der Stadt Frankfurt am Main
Kurt-Schumacher-Straße 45 • 60313 Frankfurt am Main
☎ (069) 212-35443 📠 (069) 212-31455 📧 frank.goldberg@stadt-frankfurt.de

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder):

Das gemeinsame Projekt des Präventionsrates der Stadt Frankfurt am Main und des Polizeipräsidiums Frankfurt am Main geht davon aus, dass polizeiliche Beratung nicht erst dann ansetzen darf, wenn es bereits zu Straftaten gekommen ist und polizeiliche Beratung schon bei der Planung eines Bauobjekts erfolgen soll.

Mit dem Gütesiegel „Ausgezeichnete Wohnsicherheit“ sollen durch die Einbeziehung eines zu beachtenden Sicherheitskonzepts die kriminellen Risiken wie Einbruch, Vandalismus, Diebstahl, Sabotage, Spionage, Anschläge, Überfall etc. auf ein Minimum reduziert und dem Nutzer eines Gewerbe- bzw. Privatobjekts ein höchstmögliches Sicherheitsgefühl vermittelt werden.

Das Ziel ist, ein Sicherheitskonzept für Neubauten in der Planungsphase zu erstellen, Risikoanalysen, d.h. Definition von Gefährdungszonen im Allgemeinen und Gefährdungszonen im Besonderen sowie ein Pflichtenheft des Bauherrn zu erstellen, in dem alle sicherungstechnischen Belange Berücksichtigung finden. Das integrierte Sicherheitskonzept besteht aus Maßnahmen zur mechanischen Sicherheit, dem Einsatz elektronischer und optischer Technik zur Überwachung und Gefahrenmeldung und organisatorischen Maßnahmen.

Ergebnis:

Die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH (GWH) verwirklicht zurzeit mit ihrem Wohnprojekt „dornbuschHÖFE“ das erste Bauvorhaben Frankfurts, das mit dem neuen Polizeilichen Gütesiegel „Ausgezeichnete Wohnsicherheit“ honoriert werden kann.

Im Rahmen eines frühzeitigen und partnerschaftlichen Zusammenwirkens zwischen der Polizeilichen Beratungsstelle und allen Baubeteiligten werden die Aspekte Sicherheit und Kriminalprävention bereits in der Planungsphase bei öffentlichen und privaten Bauvorhaben maßgeblich berücksichtigt.

15) **Präventionsbroschüre „Eene meene Muh, ...“**

Adresse: Kreisausschuss des Werra-Meißner-Kreises
Schlossplatz 1 • 37269 Eschwege
☎ (05651) 302-0 📠 (05651) 302-3820 📧 KSiebert.KVIII@Werra-Meissner-Kreis.de

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder):

In den Jahren 1999 bis 2002 hat sich im Werra-Meißner-Kreis eine Arbeitsgruppe mit dem Thema „Prävention von sexuellem Missbrauch an Kindern“ beschäftigt. Sie hatte sich zum Ziel gesetzt, Präventionsarbeit professionell, alltagsnah und anschaulich den Menschen zugänglich zu machen, die täglich mit Kindern umgehen, z.B. ErzieherInnen und Eltern.

Unter dieser Zielsetzung wurde eine Arbeitshilfe zur Präventionsarbeit in Kindertagesstätten entwickelt, die sowohl Hintergrundwissen zum Thema „Sexuelle Gewalt“ als auch methodisches und didaktisches Fachwissen vermittelt, das vor Ort in den Kindergärten eingesetzt werden kann.

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe waren ErzieherInnen aus Kindertagesstätten im Werra-Meißner-Kreis und andere am Thema Interessierte. Nach drei Jahren intensiver, auch ehrenamtlicher Arbeit wurde die Arbeitshilfe Ende des Jahres 2002 fertiggestellt. Die Finanzierung erfolgte größtenteils aus Spenden.

Die Broschüre „Eene meene Muh, lass mich bloß in Ruh - Arbeitshilfen für Erzieherinnen und Eltern zum Thema Prävention von sexuellem Missbrauch“ wurde mit Veranstaltungen im November 2002 der Öffentlichkeit präsentiert. Sie wurde in den Kindertageseinrichtungen des Werra-Meißner-Kreises verteilt. Es bleibt festzuhalten, dass Präventionsarbeit mittlerweile zu einem festen Bestandteil der pädagogischen Arbeit in den Einrichtungen geworden ist.

Ergebnis:

Rückmeldungen aus den Kindertagesstätten ergaben, dass über die Präventionsarbeit eine Annäherung an die Intervention bei Verdacht auf sexuellen Missbrauch ermöglicht wurde. Dies spiegelt sich auch in der höheren Inanspruchnahme des Beratungsangebots der Beratungsstelle „Allerleirauh“ und des Jugendamtes des Werra-Meißner-Kreises zum Thema wider. Auch das Hilfesystem im Werra-Meißner-Kreis wurde somit einer großen Gruppe von Menschen transparent gemacht. Seit Herausgabe der Broschüre lässt sich darüber hinaus eine erhöhte Inanspruchnahme von Fortbildungsangeboten, zumeist als In-House-Fortbildungen, der Teams der Kindertagesstätten des Werra-Meißner-Kreises verzeichnen.

16) Schnitzing - 3D Graffiti

Adresse: Hendrik Docken • Zur Heidetränke • 61440 Oberursel
☎ (06171) 703313 ✉ hendoc@schnitzing.de

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder):

Das Projekt versucht, der massenhaften Verbreitung von Tags (Namenskürzel) entgegenzuwirken. Durch diese gemeinhin als „Schmierereien“ genannten Zeichen des Repräsentationsbedürfnisses junger Personen entsteht ein hoher volkswirtschaftlicher Schaden, zudem suggerieren verschmierte Wände den Bürgerinnen und Bürgern ein fehlendes Sicherheitsgefühl. Die Verflachung der Inhalte des Graffiti geht einher mit der sich ständig vermehrenden Anbringung von Namens Kürzeln.

Vom Schnitzing-Team wird im öffentlichen Raum ein 4 m großer, überdachter Würfel in Fachwerkbauweise aus Holzbalken aufgebaut, dessen Außenseiten mit auswechselbaren Leinwänden versehen sind und in dessen Mitte ein 5 m hoher Eichenstamm eingebaut ist. Auf die Leinwände wird anfangs in gewohnter Manier gesprüht und im Verlauf der Aktion qualifizieren sich die Sprayer für den Schnitzing-Event. Bei diesem entsteht aus dem Eichenstamm eine Graffiti-Skulptur, da die Sprayer erstmals ihre Buchstaben mithilfe des Schnitzing-Teams in das Holz sägen und schnitzen. Es entsteht ein neuer, volkswirtschaftlich und ästhetisch vertretbarer Trend, der nachhaltig der Graffiti-Szene eine Bereicherung durch Weiterentwicklung und der Kommune Minimierung der Graffiti-Problematik verschafft.

Bisher ist das Projekt in Oberursel durchgeführt worden.

Ergebnis:

Nach der Würfelaktion ist eine regionale Verbesserung der Problematik nachgewiesen und dokumentiert worden. Das Ordnungsamt verfasst mit der Polizei zusammen ein Vorher-Nachher-Diagramm.

Das Projekt hat den Deutschen Förderpreis Kriminalprävention 2004 erhalten.

17) „Sicher ohne Gewalt (SoG)“

Adresse: Polizeipräsidium Südhessen, Außenstelle Erbach
Neue Lustgartenstraße 7 • 64711 Erbach
☎ (06062) 953-0 📠 (06062) 953-115

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder):

Das Projekt „Sicher ohne Gewalt (SoG)“ wird nach seiner Entwicklungs- und Erprobungsphase seit August 2002 in den 3. und 4. Jahrgangsstufen des Odenwaldkreises angeboten. An der Planung und Projekterprobungsphase waren die Polizeidirektion Odenwald mit Beamtinnen der Polizeistationen Erbach und Höchst, der Jugendkoordinator des Polizeipräsidiums Südhessen - Außenstelle Erbach - und das Staatliche Schulamt mit zwei Schulpsychologinnen und Lehrkräften beteiligt. Das Projekt wird seither im Schuljahr für o.a. Jahrgangsstufen als ein Modul der Präventionsarbeit der Schulen (Gesundheits-/Verkehrserziehung, Sucht-, Drogen- und Gewaltprävention) sowie als Gewaltprävention durch die Polizei und das Schulamt angeboten.

Die Projektziele sind: Eigene Grenzen und die Grenzen anderer akzeptieren lernen, das Selbstwertgefühl steigern, das Selbstvertrauen stärken, „Nein“ sagen können, Konflikte gewaltfrei austragen können, eigene Bedürfnisse äußern können, ein gutes Körpergefühl als Grundlage einer Gefahrenerkennung entwickeln und Handlungswissen zum Umgang mit Gefahrensituationen einüben.

Die Umsetzung der Ziele erfolgt in drei Schritten:

1. Während eines Elternabends werden den Eltern und Lehrkräften die Lerninhalte des Projekts SoG durch die Polizei vorgestellt. Dabei werden in einem theoretischen Teil der Begriff „Gewalt“ anhand des Drei-Säulen-Modells näher erläutert und die Ursachen für Gewalt besprochen. Anschließend werden in einem praktischen Teil konkrete Situationen vorgeführt, erläutert und erprobt.
2. In einem Gespräch mit den Lehrkräften wird zunächst das Gewaltpotenzial der jeweiligen Klasse besprochen. Auch über einzelne Schüler und ggf. ihre besonderen Auffälligkeiten wird gesprochen. Dann wird der Ablauf des Projekts SoG in der Klasse vorgestellt.
3. Von Beginn an werden die Schüler durch interaktives Lernen mit in das Projekt integriert und immer wieder zur Erarbeitung von eigenen Lösungsmustern motiviert. Die Umsetzung in den Klassen erfolgt durch eine/n Polizeibeamten/-beamtin, einen Elternteil und die Lehrkraft.

Ergebnis:

Das Projekt wird sowohl von den Eltern als auch bei der praktischen Durchführung mit den Kindern als sehr positiv bewertet. Durch den großen Praxisanteil hat es für Eltern, Lehrer und Kinder einen hohen Aufforderungscharakter und vermittelt Handlungswissen durch das Einüben von Umgangsmöglichkeiten in Gefahrensituationen.

18) Wettbewerb „1. Kasseler Jugendfilmpreis 2003/2004“

Adresse: Präventionsrat der Stadt Kassel • Rathaus • 34112 Kassel
☎ (0561) 787-7000 📠 (0561) 787-8059 ✉ martin.gille@stadt-kassel.de

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder):

Der 1. Kasseler Jugendfilmpreis 2003/2004 wurde im Juli 2003 ausgeschrieben und richtete sich an die Schulen der Stadt Kassel und des Landkreises Kassel sowie die Häuser der offenen Tür, Jugendgruppen und Jugendverbände.

Unter Beachtung der Teilnahmebedingungen - Schülerinnen, Schüler und Jugendliche der Stadt Kassel und des Landkreises zwischen 14 und max. 20 Jahre; verbindliches Rahmenthema „Gewalt“; Filmhandlung bezieht sich auf Alter und Erlebtes eigener Gewalterfahrung der jugendlichen Filmemacher; Filmlaufzeit max. 20 Minuten; Videosysteme VHS, S-VHS und Mini-DV-Cam - meldeten sich bis Herbst 2003 22 Gruppen. Ende März 2004 sind die Filme eingereicht und am 27.4.2004 im BALI Kino des Kulturbahnhofs Kassel gezeigt worden. Mehr als 1.000 meist jugendliche Besucherinnen und Besucher erlebten diese Uraufführungen. Sieben Filme wurden mit Preisen ausgezeichnet, die Preisverleihung erfolgte am 4.5.2004 im vorgenannten Kino.

Mehr als 500 Jugendliche arbeiteten an den einzelnen Projekten wie folgt mit:

In Kleingruppen schrieben die Jugendlichen selbst erlebte Gewalt nieder. Rückmeldungen ergaben erschütternde Beispiele, in einigen Fällen konnte durch Vertrauenslehrerinnen und -lehrer weitergehende Hilfe geleistet werden. Die Einzeldarstellungen wurden zu einem Gesamthema zusammengefasst und ein Drehbuch daraus geschrieben.

Übereinstimmend ist deutlich geworden, dass vor allem unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen zunächst Schwierigkeiten hatten, miteinander umzugehen, zu arbeiten, einen Film fertigzustellen. Durch gruppenspezifische Prozesse ist es vielfach gelungen, einzelne Gruppen zusammenzubringen, die sich vorher aus dem Weg gingen, sich mit Verachtung strafen oder nichts miteinander zu tun haben wollten. Das in Kassel durchaus vorhandene Problem der Aggression zwischen türkischstämmigen und rußlanddeutschen Jugendlichen wurde in einigen beachtenswerten Filmen dargestellt und problematisiert.

Ergebnis:

Das Thema des 1. Kasseler Jugendfilmpreises „Gewalt ist keine Lösung“ wurde überzeugend bearbeitet, dabei bestachen die außergewöhnlichen schauspielerischen Leistungen, aber auch die jeweilige themenbezogene Aussage der einzelnen Filmbeiträge. Die regionale Presse, der HR und der Offene Kanal Kassel haben in verschiedenen Beiträgen über den 1. Kasseler Jugendfilmpreis berichtet. Verschiedene Schulen haben bereits einzelne Filme angefordert, um diese in den Unterricht mit einzubeziehen. Dabei ist es möglich, dass einzelne Darstellerinnen und Darsteller über ihre Empfindungen und Probleme während der Filmarbeiten berichten. Der nachhaltige Erfolg und die Begeisterung der jugendlichen Akteure führten dazu, für 2004/2005 den 2. Kasseler Jugendfilmpreis auszuloben.

Das Projekt erhielt den 4. Hessischen Präventionspreis.

2.

Bemühungen zur bundesweiten Implementierung des Gedankens der gesamtgesellschaftlichen Kriminalprävention

Neben der Unterstützung der kommunalen Kriminalprävention hat die Sachverständigenkommission ihre Bemühungen zur bundesweiten Implementierung des Gedankens der gesamtgesellschaftlichen Kriminalprävention verstärkt. Dies geschah nach der Unterstützung der Gründung des Deutschen Forums für Kriminalprävention durch die ständige Mitarbeit in diesem Gremium und die fortlaufende Unterstützung des Deutschen Präventionstages sowie durch die Beteiligung am bundesweiten Austausch von Präventionsideen im Rahmen der Treffen der Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer der Landespräventionsräte. Das Land Hessen hat am 1. August 2001 in Erfüllung des Kabinettsbeschlusses vom 17. Oktober 2000 als Gründungsmitglied seinen Stiftungsbeitrag für das Deutsche Forum für Kriminalprävention (DFK) geleistet. Der Hessische Minister der Justiz Dr. Christean Wagner arbeitet seitdem als Mitglied des Kuratoriums des DFK intensiv an der Durchsetzung der präventiven Ideen auf Bundesebene mit. Der Geschäftsführer der Sachverständigenkommission ist Mitglied des DFK-Beirates, dem Mitglieder von Landespräventionsräten angehören.

Sowohl im Rahmen des 8. Deutschen Präventionstages am 28. und 29. April 2003 in Hannover als auch im Rahmen des 9. Deutschen Präventionstages am 17. und 18. Mai 2004 in Stuttgart stellten sich eine Vielzahl hessischer kriminalpräventiver Projekte dar und erlangten bundesweite Aufmerksamkeit.

Schließlich gewann das Projekt „Schnitzing - 3D Graffiti“ aus Oberursel den 2004 erstmals vergebenen Förderpreis Kriminalprävention und wurde bei der Festveranstaltung der Stiftung Kriminalprävention am 30. September 2004 in Münster einem bundesweiten Publikum vorgestellt.

Durch die fortlaufende Beteiligung an den Treffen der Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer der Landespräventionsräte konnte der sinnvolle Informationsaustausch, der sowohl die theoretischen Grundlagen als auch die praktischen Präventionsarbeiten und hier insbesondere die bestehenden Modellprojekte betraf, aufrecht erhalten werden.

3.

Beratung der Hessischen Landesregierung

Schließlich ist die Sachverständigenkommission in aktuellen rechtspolitischen Feldern wiederum auch dem Wunsch der Landesregierung nachgekommen, Bewertungen und Empfehlungen zu angedachten präventiven Maßnahmen abzugeben.

Beispielhaft sei insoweit darauf verwiesen, dass die Arbeitsgruppe „Gewalt und Minderheiten“ einer Bitte des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport und des Hessischen Städte- und Gemeindebundes nachgekommen ist und sich mit dem Thema „Präventionsmaßnahmen gegen

Extremismus“ beschäftigte. Darüber hinaus fand unter dem Titel „Gemeinsam gegen Extremismus - Interkulturelles Miteinander in der Prävention“ am 6. Mai 2004 eine Fachveranstaltung zu Präventionsmaßnahmen gegen Islamismus in der Verwaltungsfachhochschule Frankfurt am Main statt (siehe Seite 33).

Die Arbeitsgruppe „Gewalt im häuslichen Bereich“ beschäftigte sich auf Wunsch des Hessischen Sozialministeriums u.a. mit dem Aktionsplan gegen Gewalt und bezog hierzu eine größere Gruppe freier Träger in die Arbeitsgruppe ein.

Die Arbeitsgruppe „Städtische (öffentliche) Gewaltsituationen“ wird sich - einer Anregung der Hessischen Staatskanzlei folgend - mit dem Problemkreis „Prävention für ältere Menschen“ auseinandersetzen.

Die Arbeitsgruppen „Bekämpfung illegaler Graffiti“ und „Praxisorientierte Erfolgskontrolle“ nahmen mit ihren Themen jeweils ein Petition des Hessischen Ministers der Justiz auf.

4.

Internetauftritt

Seit dem 26. April 2004 ist die Homepage des Landespräventionsrates freigeschaltet. Unter **www.landespraeventionsrat.hessen.de** können neben Informationen zum Landespräventionsrat selbst auch solche zu allen Arbeitsgruppen, den örtlichen Präventionsgremien und zu verschiedenen Terminen abgerufen werden. Besonders erfreulich ist in diesem Zusammenhang festzuhalten, dass der in der Rubrik „Publikationen“ veröffentlichte „Leitfaden für die Arbeit kommunaler Präventionsräte“ und der 5. Bericht von Beginn an stark nachgefragt waren. Weiterhin finden sich auf der Internetseite Links zum PräventionsInformationssystem PräVIS und zu anderen Präventionsgremien auf Bundes- und Länderebene.

zur Verfügung zu stellen, die sich dankenswerterweise bereit erklärt hatte, gemeinsam mit Herrn Prof. Hafenegger die übernommenen Materialien zu sichten, zu bewerten und anhand ihrer umfangreichen Erfahrungen aus der Beschäftigung mit dem Themenfeld, der Arbeitsgruppe Vorschläge zur weiteren Verwendung, ggf. über die Landeszentrale für politische Bildung, zu machen (Juli 2003). Ein Auswertungsbericht liegt zwischenzeitlich vor, das weitere Vorgehen wird innerhalb der Arbeitsgruppe beraten.

Das ressortübergreifende Programm **„Ausstiegshilfen Rechtsextremismus“** ist nach Einrichtung der gemeinsamen Geschäftsstelle des ressortübergreifenden Informations- und Kompetenzzentrums „IKARus“ sehr erfolgreich angelaufen.

Im ersten Jahr konnten von den Polizeibehörden insgesamt 22 „potenzielle Aussteiger“ benannt werden, die gezielt angesprochen wurden und von denen zwischenzeitlich die Hälfte ihren Ausstieg erklärt und sich offensichtlich aus der Szene gelöst hat. Da dieser Personenkreis bisher nicht mehr straffällig geworden ist, kann insoweit von einer Legalbewährung gesprochen werden. Weitere der angesprochenen Personen werden derzeit noch durch **IKARus** mit dem Ziel eines Herauslösens aus der Szene betreut. Darüber hinaus werden weitere (16) Jugendliche aufgrund von Meldungen der Kooperationspartner durch lokale Jugendgerichtshelfer, Jugendkoordinatoren der Polizei und Sozialarbeiter der Jugendämter in regelmäßiger Absprache mit IKARus betreut. Zusätzlich führt das Ausstiegsprogramm inzwischen an 20 hessischen Schulen weitere Projekte durch.

Bis zum Abschluss der Beratungen über den Auswertungsbericht von Prof. Hafenegger wird die Arbeitsgruppe diesen Themenkomplex weiter beobachten und im Bedarfsfall erneut aufgreifen.

2. Kriminalpräventive Initiativen zur verbesserten Integration der Muslime in Hessen

- Projektabfrage
- Hinzuziehen von Fachvertretern
- Durchführung einer Fachveranstaltung
- Weiteres Vorgehen

Aufgrund der Entwicklungen im Jahr 2001 hatte die Arbeitsgruppe beschlossen, sich dieses Themas anzunehmen.

In Hessen leben rund 300.000 Muslime in meist friedlicher Nachbarschaft in unseren Städten und Gemeinden. Eine kleine, aber aktive extremistische Minderheit verbindet jedoch mit ihrem Glauben Hass und Gewaltbereitschaft. Der ideologische und politische Einfluss dieser islamistischen Gruppierungen auf junge Muslime stellt sowohl für die übrige muslimische Gemeinschaft als auch für die in Deutschland lebende Gesellschaft eine Gefahr dar. Ihr sollte in einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit begegnet werden, wodurch auch Gewalt gegen muslimische Minderheiten in Hessen verhindert werden kann. Dazu bieten sich u.a. die kommunalen Präventionsgremien an.

Eine landesweit durchgeführte **Projektabfrage** zu diesem präventiven Themenbereich ergab allerdings nur sehr wenige spezifische Projekte. Deshalb wurde das weitere Vorgehen durch das **Hinzuziehen von Fachvertretern** vertiefend erörtert. Hierbei konnten vielfäl-

tige Erkenntnisse u.a. des Sozialministeriums, des CGIL-Projektes in M.A.R.E. bis hin zum Landesamt für Verfassungsschutz eingebracht und ausgewertet werden.

Entsprechende Präventionsarbeit wird sich im Wesentlichen in den Kommunen konkretisieren, da dort der unmittelbare Kontakt mit Menschen unterschiedlicher Kultur und Religion besteht. Daher entschied sich die Arbeitsgruppe, den Verantwortlichen der örtlichen Präventionsräte eine **themenbezogene Fachveranstaltung** mit

- Informationen und Hintergründen über religiös-politischen Extremismus,
- Hilfestellungen für präventive Strategien sowie
- konkrete Handlungsempfehlungen anzubieten.

Nach umfangreichen Vorbereitungen ist es der Arbeitsgruppe gelungen, die Tagesveranstaltung **„Gemeinsam gegen Extremismus - Interkulturelles Miteinander in der Prävention“** zu konzipieren, zu organisieren und im Mai 2004 zentral in Frankfurt am Main durchzuführen. Im **Fokus** der Veranstaltung stand die **Situation junger Muslime**. Es wurde gemeinsam darüber diskutiert, was wir alle präventiv unternehmen können, damit diese jungen Menschen nicht von extremistischen Gruppen angesprochen und vereinnahmt werden. Präventive Instrumente wie Berufsbildung, Sport, Stadtteilarbeit oder Bildungsangebote hatten dabei ebenso Raum wie die themenbezogene Vernetzung der Präventionsarbeit vor Ort.

Nach Begrüßung durch den Hessischen Innenminister Volker Bouffier fand als Einstieg ein vorbereitetes Gespräch mit jugendlichen Muslimen aus einer Frankfurter Schule über die Themen Religion, Familie, Terrorismus und Medien statt. Hochkarätige, hessen- und bundesweit bekannte Referentinnen und Referenten hielten am Vormittag Impulsvorträge zu den Themen

- Muslimische Selbstorganisationen - Chancen und Risiken
- Islamismus als Gefahr für die Innere Sicherheit in Hessen?
- Stimmen aus der islamischen Gemeinde
- Wie interkulturell können Präventionsräte sein - wie können sie es werden?
- Interkulturelle Öffnung - ein Auftrag für Präventionsräte und Ausländerbeiräte?

Am Nachmittag folgten vier parallel laufenden **Workshops**, in denen jeweils spezifische und erfolgreiche Projekte im Rahmen des best-practice-Austausches vorgestellt und diskutiert wurden.

Zum Thema **„Mädchen und Frauen“** stand die Lebenssituation muslimischer Frauen und Mädchen in Deutschland im Mittelpunkt. Im Workshop **„Mediale Aspekte“** wurde die Bedeutung der Medien für die Wahrnehmung anderer Kulturen in der Prävention diskutiert.

Insbesondere die Präventionsbausteine Schulprogramm, Unterstützersysteme und Streitschlichter-Programme standen im Workshop **„Schule und Bildung“** im Blickpunkt.

Unter den Stichworten **„Freizeit und Sport“** wurden erfolgreiche Projekte der Sportjugend Hessen und des Landessportbundes vorgestellt.

Nach einem Perspektivvortrag über Erfahrungen, Strategien, Tipps und Schlüsselfaktoren zum Aufbau von Netzwerken in der Arbeit mit Migrantinnen und Migranten wurde die Fach-

veranstaltung durch die Schlussworte von Herrn Prof. Fetscher, dem Vorsitzenden des Landespräventionsrates abgerundet.

Eine ausführliche **Dokumentation der Veranstaltung**, die auch die Fachbeiträge im Einzelnen, die vorgestellten Projekte und diverse Links enthält, ist auf der Homepage des Landespräventionsrates (siehe Seite 30) unter dem Stichwort „Termine“ zu finden.

Die Arbeitsgruppe wird sich weiterhin vertiefend mit dieser Thematik befassen und um eine Sensibilisierung insbesondere der örtlichen Präventionsgremien bemühen.

Bei der Vorbereitung, Durchführung und Planung der beschriebenen Veranstaltung hat sich für die Arbeitsgruppe herauskristallisiert,

- **dass zur Fortführung des mit der Fachveranstaltung begonnen Dialoges mit den islamischen Gemeinden, Verbänden und Vereinen die Benennung und Veröffentlichung eines zentralen Ansprechpartners/einer zentralen Ansprechpartnerin der Landesregierung sinnvoll erscheint, um u.a. die verschiedenen kommunalen, regionalen und landesweiten präventionsrelevanten Dialogforen zu erfassen, zu begleiten und ggf. zu koordinieren.**

Aufgrund der Komplexität und Vielschichtigkeit sieht sich die Arbeitsgruppe noch am Beginn der Befassung mit diesem Themenbereich. Deshalb können vorerst noch keine weitergehenden **Empfehlungen an die Landesregierung** formuliert werden.

C.
ARBEITSGRUPPE „GEWALT IM HÄUSLICHEN BEREICH“
(mit Geschäftsstelle im Hessischen Sozialministerium)

Liste der Mitglieder

Vorsitzende	Prof. Dr. Margrit Brückner Prof. Dr. Monika Simmel-Joachim
Geschäftsführerin	Nancy Gage-Lindner

Alphabetische Liste der weiteren Mitglieder

Akdeniz , Barbara	Frauenbeauftragte der Stadt Darmstadt
Beuter , Brigitte	Arbeitskreis hessischer Frauenhäuser
Bolowich , Dr. Michael	Hessisches Ministerium der Justiz
Cramer , Ulrike	Landkreis Groß-Gerau
Friedrich , Ilona	Jugendamt des Werra-Meißner-Kreises
Globig , Doris	Mühlheimer Arbeitskreis für Kriminalprävention
Hakert , Ilona	Frauenbeauftragte der Stadt Offenbach
Kanther , Dr. Wilhelm	Hessisches Ministerium der Justiz
Koepper , Barbara	Beratungsstelle gegen sexuelle Gewalt Limburg
Krichbaum , Erich	Männernetz Hessen e.V.
Leitschuh , Elisabeth	Hessisches Sozialministerium
Lux , Steffen	Hessisches Ministerium des Innern und für Sport
Malburg , Elke	Hessisches Sozialministerium
Maucher , Dr. Katharina	Magistrat der Stadt Frankfurt am Main
Oberlik , Renate	Deutscher Kinderschutzbund
Pieper , Anita	Landesarbeitsgemeinschaft der autonomen Frauenhäuser
Reckewell , Kerstin	Staatsanwaltschaft Darmstadt
Schalk , Maria-Theresia	Paritätischer Wohlfahrtsverband
Skroch , Norma	Frauen-Notruf Pro Familia e.V.
Steinhauser , Gisela	Frauen helfen Frauen Groß-Gerau
Tews , Kerstin	Frauenbeauftragte des Landkreises Gießen

Die Arbeitsgruppe tagte am 17.10.2002, 30.1.2003, 30.4.2003, 10.7.2003, 27.11.2003, 22.4.2004 und 15.7.2004.

Zur Zusammensetzung

Die Arbeitsgruppe wurde im Januar 2001 eingerichtet und damit beauftragt, Empfehlungen für einen Landesaktionsplan zur Bekämpfung der Gewalt im häuslichen Bereich zu erarbeiten. Mitglieder wurden entsandt durch das Justiz-, Innen- und Sozialressort, die Staatsanwaltschaften, die kommunalen Spitzenverbände, die Liga der freien Wohlfahrt, die Landesarbeitsgemeinschaften und -verbände der kommunalen Frauenbüros sowie die freien Träger der Schutz- und Beratungseinrichtungen für Frauen, Kinder und Männer.

Bei der Bildung von Unterarbeitsgruppen zum Schutz von Kindern wie auch zur Implementierung der Schutzgesetze wurden externe Expertinnen und Experten ad hoc hinzugezogen. Obgleich es zu keiner formellen Beteiligung von Gesundheitsakteurinnen und -akteuren als Arbeitsgruppenmitglieder kam, fließt auch ihre Expertise in die Beratungen der Arbeitsgruppe mit ein. Dies ist gewährleistet durch den Austausch mit einem einschlägigen Netzwerk des Sozialressorts wie auch europäischen und internationalen Kooperationen und zunehmend mit Unterarbeitsgruppen zur Gewaltprävention im Gesundheitswesen einiger örtlicher Arbeitskreise.

Tätigkeitsschwerpunkte

Die Tätigkeit der Arbeitsgruppe bestand im Wesentlichen in zwei Schwerpunkten:

1. Sie befasste sich mit ihrem Auftrag, **Empfehlungen für einen Landesaktionsplan zur Bekämpfung der Gewalt im häuslichen Bereich** auszuarbeiten. Im Jahre 2002 hat sich die Rechtslage durch Inkrafttreten des Gewaltschutzgesetzes und Novellierung des Hessischen Gesetzes zur Sicherheit und Ordnung (HSOG) verbessert, womit der zivilgerichtliche Schutz und der polizeiliche Platzverweis bei häuslicher Gewalt neu geregelt wurden. Zum Jahresbeginn 2002 trat das Gewaltschutzgesetz in Kraft. Die parallel neu entfachte Diskussion in der Innenpolitik um eine veränderte polizeiliche Praxis mündete sowohl in entsprechende Änderungen der Handlungsrichtlinien für die Polizei als auch, im September 2002, in eine Neuregelung des polizeilichen Platzverweises.

So war die Arbeitsgruppe zugleich gefordert, die veränderten zivilgerichtlichen Schutznormen praxisnah zu evaluieren, ihre Erfahrungswerte in den Gesetzgebungsprozess zur Änderung des HSOG im Rahmen einer Landtagsanhörung einzubringen sowie schließlich entsprechende Schlussfolgerungen für den Landesaktionsplan zu ziehen.

2. Außerdem befasste sie sich intensiv und kritisch mit der Entscheidung der Landesregierung und anschließend des Landtags im Herbst 2003, den Landeshaushalt mit Wirkung zum Jahresbeginn 2004 um etwa ein Drittel zu kürzen (**„Operation sichere Zukunft“**).

In der Sitzung vom November 2003 beschloss die Arbeitsgruppe, die redaktionelle Arbeit an einem Landesaktionsplan bis auf Weiteres einzustellen. Im Januar 2004 legte sie ihre erste Analyse der Folgen der Haushaltsentscheidungen für den Schutz vor Gewalt im häuslichen Bereich dem Landespräventionsrat sowie der Ressortleitung des Sozialministeriums vor:

Stellungnahme der AG 2 „Häusliche Gewalt“ des Präventionsrates zur Auswirkung der Einsparungen im sozialen Bereich (Haushalt 2004)

Die AG hat die Aufgabe, einen Aktionsplan gegen häusliche Gewalt zu erarbeiten. Sie ist mit dieser Arbeit inzwischen so weit fortgeschritten, dass sie in einem Ablaufplan die Aufgaben des Landes und der Kommunen nach Zielgruppen und Tätigkeitsmerkmalen festgestellt und zudem einen Empfehlungskatalog für Einrichtungen der Jugendhilfe „Gewalt gegen Kinder in Zusammenhang mit häuslicher Gewalt“ entwickelt hat.

Konsequente Intervention gegen häusliche Gewalt durch staatliche Instanzen stellt ein wesentliches Mittel des Schutzes der Opfer sowie der Prävention weiterer Straftaten dar. Eine

unmittelbare und eindeutige staatliche Reaktion ist die Voraussetzung, dass häusliche Gewalt von den Opfern als Unrecht wahrgenommen und von den Tätern und der Öffentlichkeit als Rechtsbruch erkannt wird.

Die Sachverständigen der Arbeitsgruppe sind einhellig der Auffassung, dass der Schutz vor Gewalt im sozialen Nahbereich eine staatliche Pflichtaufgabe ist, die nicht nur mit Mitteln der Repression gegen Gewalttäter erfüllt werden kann, sondern die geeigneter Maßnahmen für die Opfer bedarf, damit die Opfer ihre gesetzlich gegebenen Möglichkeiten des Schutzes wahrnehmen können. Prävention durch Aufklärung über die Schutzrechte der Betroffenen macht nur Sinn, wenn dieser Schutz in ausreichendem, professionell ausgewiesenen Maße gewährt wird. Allein das Vorhandensein rechtlicher Möglichkeiten (Platzverweis, Wohnungszuweisung für die Opfer) und von Rechtsberatung reicht nicht aus. Denn Recht kann erst in Anspruch genommen werden, wenn flankierende Maßnahmen durch staatlich geförderte Angebote der Zuflucht und der psychosozialen Begleitung gegeben sind. Zur staatlichen Pflicht zum Schutz vor Gewalt gehört auch, Opfern die Furcht vor weiterer Bedrohung zuverlässig und glaubhaft zu nehmen und freiwillige sowie verpflichtende Beratungs- und Therapieangebote für Täter vorzuhalten.

Die Glaubwürdigkeit rechtsstaatlicher Institutionen hängt nicht nur am rechtsstaatlichen Verfahren selbst, sondern daran, dass die sozialen Folgen für die Opfer - ganz überwiegend Frauen und Kinder - mit bedacht werden. Das bedeutet: Quantitativ ausreichende und professionelle Mindeststandards, flächendeckende stationäre und ambulante Facheinrichtungen, deren Zusammenwirken zum Schutz der Opfer auf regionaler und Landesebene zu gewährleisten ist. Für diese Aufgaben wird die staatliche Verantwortung bisher noch nicht in ausreichendem Maße wahrgenommen.

In Hessen haben sich in Städten und Kreisen im Laufe der letzten zehn Jahre Formen der Kooperation zwischen staatlichen und frei-gemeinnützigen Einrichtungen entwickelt, welche die Arbeitsgruppe zur Grundlage ihrer Empfehlungen macht. Dieses Netz von Schutz, Intervention und Beratung ist Voraussetzung für ein umfassendes Angebot an Hilfeleistungen und bedarf der landesweiten Absicherungen. Das Wegbrechen von Schutzräumen in Frauenhäusern aufgrund der Kürzungen der Landeszuschüsse bereits 2003 und besonders 2004 gefährdet nach Auffassung der Sachverständigen eindeutig den Schutzanspruch der Gewaltopfer. Ebenso hat die Mittelkürzung im ambulanten Bereich zur Folge, dass die Zahl der Opfer, die eine individuelle, qualitativ angemessene Beratung erhalten können, um ihre eigenen Hilfpotentiale zu aktivieren, nur noch für eine erheblich geringere Zahl vorhanden ist. Hingegen ist die Sachverständigenkommission der Auffassung, dass es eine staatliche Pflichtaufgabe ist, einer möglichst großen Zahl von Gewaltopfern Beratung zur Verfügung zu stellen. Sie sieht mit großer Besorgnis die Folgen der Kürzung der Landesmittel im verabschiedeten Haushalt 2004 für den Aufgabenbereich der Prävention häuslicher Gewalt und befürchtet die Verschärfung der Probleme von häuslicher Gewalt betroffener Frauen und Kinder durch unzureichende Hilfeangebote auf einem fachlich vertretbaren Qualitätsniveau.

Die Empfehlungen der Arbeitsgruppe verfolgen das Ziel, eine bedarfsgerechte Versorgung mit Beratungs-, Schutz- und Hilfeangeboten als laufende Aufgabe von Land, Kommunen und Kreisen zu planen. Indem sich das Land dieser staatlichen Verantwortung zu einem erheb-

lichen Teil entzieht und den Kommunen und Kreisen den Ersatz für die ausfallende Finanzierung aufbürdet, ist zu erwarten, dass diese dazu wegen des großen Umfangs ihrer Pflichtaufgaben nicht in der Lage sein werden.

Eine Diskussion mit Frau Staatsministerin Silke Lautenschläger fand sowohl im Januar 2004 mit Frau Prof. Dr. Margrit Brückner als auch anschließend mit der Arbeitsgruppe in ihrer Sitzung im April 2004 statt.

Zu dieser Sitzung legten die beiden Vorsitzenden den Entwurf eines Landesaktionsplans zur Beratung mit Frau Staatsministerin Lautenschläger vor. Die Arbeitsgruppe stimmte sich zu diesem Entwurf in Unterarbeitsgruppen sowie in Rücksprache mit den entsendenden Institutionen ab. Die Endredaktion war Mitte Juli 2004 abgeschlossen und die Empfehlungen für einen Landesaktionsplan wurden der Landesregierung vorgelegt.

Eine Fachtagung ist für den 3. Dezember 2004 geplant. Hier sollen gute Vernetzungspraktiken in Hessen sowie der Landesaktionsplan vorgestellt und eine Umsetzung mit der Fachöffentlichkeit diskutiert werden. (Bis Redaktionsschluss war die Ressortabstimmung zum Entwurf eines Landesaktionsplans mit positivem Ergebnis durchgeführt. Ein Kabinettsbeschluss steht noch aus.)

Inhaltliche Ausrichtung der Beratungen zum Landesaktionsplan

Der Schutz vor Gewalt im häuslichen Bereich wird als eine öffentliche Aufgabe gesehen, die dem Land, den Landkreisen sowie den Kommunen obliegt. Hierin liegt bereits eine Herausforderung, da die Abgrenzung von Zuständigkeiten die Gefahr in sich birgt, den Blick auf die gemeinsame Verantwortung zu verstellen. Das Land, die Landkreise und Kommunen sind mit wachsendem Erfolg bemüht, dieser Herausforderung gerecht zu werden. Die multidisziplinäre und -institutionelle Kooperation ist in Hessen allerdings noch nicht landesweit als Standard erreicht.

Konsequente Intervention bei Gewalt im häuslichen Bereich und die Prävention neuer Gewalt setzen eine professionalisierte Abstimmung zwischen verschiedenen Institutionen voraus, die zum Teil divergierende Ziele verfolgen und unterschiedliche Aufgaben haben. Dies miteinander in Einklang zu bringen und vermeintlich widersprüchliche Rechte gegeneinander abzuwägen, um im Einzelfall systematisch informierte und angemessene Entscheidungen treffen zu können, erfordert ein hohes Maß an Vernetzungskompetenz.

Der Bedarf an Beratung von Gewaltbetroffenen hat sich seit 2002 mit Inkrafttreten der neuen Schutznormen erhöht. Die Notwendigkeit der Koordinierung und Optimierung der multi-institutionellen Vernetzung vor Ort ist hierbei deutlicher geworden. Angesprochen sehen sich insbesondere die Polizei, die Schutz- und Beratungseinrichtungen für Frauen, Kinder und die Männerberatungsnetzwerke, die Jugendämter, die Staatsanwaltschaften, die Straf- und Zivilgerichte sowie Akteurinnen und Akteure im Gesundheitswesen.

Im Laufe der letzten zehn Jahre hatten sich auf lokaler Ebene in Hessen mehrere Arbeitskreise zur Bekämpfung der Partnergewalt gebildet. Neue Arbeitskreise sind seit Inkrafttreten der neuen Schutzgesetze hinzugekommen, ältere wurden reaktiviert bzw. erweitert. In Nordhessen haben sich mehrere Arbeitskreise zu einem gemeinsamen Aktionsbündnis zusammengetan, um Ressour-

cen zu bündeln. Vielfach sehen sich die in der Praxis Tätigen wie auch die für die Planung Verantwortlichen durch die Komplexität der anstehenden Abstimmungsprozesse überfordert, daher wächst der Bedarf an Erfahrungsaustausch, die Nachfrage nach Anregungen und Standards gelingender Praxis.

Der Entwurf des Aktionsplans basiert auf der Grundlage einer Bestandsaufnahme der dringlichsten Handlungsnotwendigkeiten im Zuge der Rechtsnormänderungen durch das Gewaltschutzgesetz und die Novellierung des HSOG im Jahre 2002. Das Ergebnis dieser Bestandsaufnahme hat die Arbeitsgruppe in Form eines Empfehlungskatalogs festgehalten, der die angesprochenen Politik- und Handlungsfelder konkretisiert (Download über die Homepage des Landespräventionsrates, siehe Seite 30, unter „Arbeitsgruppen/Arbeitsgruppe II“). Hierbei handelt es sich zugleich um die Darstellung eines kontinuierlichen Prozesses zur Festlegung der vielschichtigen Verantwortlichkeiten und Chancen neuer Kooperationen, den die Arbeitsgruppe seit ihrer Gründung anstrebt. Der genannte Empfehlungskatalog enthält die Aufgaben, die zur Vereinheitlichung der Qualität von Netzwerken gegen häusliche Gewalt als notwendig angesehen werden. Er soll kontinuierlich fortgeschrieben und zur Evaluation der Entwicklungen im Land Hessen herangezogen werden.

Der Entwurf eines Aktionsplans berücksichtigt ebenfalls erste Erfahrungswerte mit der Umsetzung eines Empfehlungskatalogs zum multi-institutionellen Vorgehen und Schutz bei „**Gewalt gegen Kinder im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt**“, den die Arbeitsgruppe zusammen mit Frau Staatsministerin Lautenschläger im April 2003 veröffentlichte (Download wie vor). Der Entwurf knüpft am aktuellen Forschungsstand und an Praxisentwicklungsvorhaben des Sozialministeriums zur Gewaltprävention im Gesundheitswesen an.

Schließlich berücksichtigen die Empfehlungen der Arbeitsgruppe die bislang mögliche Analyse der neuen Rahmenbedingungen für den Schutz vor Gewalt im häuslichen Bereich, die sich aus den Haushaltskürzungen zu Beginn des Jahres 2004 in Hessen ergeben.

Kernpunkte des Entwurfs eines Landesaktionsplans umfassen

- die Sicherung von Ressourcen für eine bedarfsgerechte Versorgung mit einem Netz an Beratungs-, Hilfe- und Schutzangeboten;
- flächendeckende Sicherung von qualifizierter Beratung, niedrigschwelliger Intervention und nachhaltigem Schutz;
- Koordinierung und Optimierung der multi-institutionellen Zusammenarbeit - Stärkung vorhandener und Förderung neuer Vernetzungsstrukturen;
- Verbesserung der Erkenntnisse über die besonderen Risiken und die unterschiedlichen Zugänge zur Hilfe für besondere Personengruppen - eine größere Zielgruppendifferenzierung wird angestrebt;
- verstärkte Schulungen der Professionellen bei Gerichten, Staatsanwaltschaften, Polizei, Schulen, Jugendämtern und im Gesundheitswesen, um Unsicherheiten abzubauen, Kooperationsmöglichkeiten aufzuzeigen und koordiniertes Vorgehen zu fördern;
- Ausbau der Angebote für gewalttätige Männer und Frauen;
- Öffentlichkeitsarbeit - Prävention durch Aufklärung, Informationen der Bevölkerung wie auch der Fachöffentlichkeit über vorhandene Schutzrechte und niedrigschwellige Hilfen.

D.
ARBEITSGRUPPE „PRÄVENTION FÜR ÄLTERE MENSCHEN“

Liste der Mitglieder

Vorsitzender	Dr. Karl Heinz Groß
Geschäftsführerin	Claudia Weisbart

Alphabetische Liste der weiteren Mitglieder

Flade , Dr. Antje	Institut Wohnen und Umwelt
Kleinau , Andreas	R+V Versicherung Wiesbaden
Kollenrott , Jürgen	Grenzschutzpräsidium Mitte Fuldata
Kreuzer , Prof. Dr. Arthur	Justus Liebig-Universität Gießen
Kulenkampff , Christoph	Schader-Stiftung Darmstadt
Raabe , Rudolf	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung
Sauer , Dietrich	Polizeipräsidium Frankfurt am Main
Scheunemann , Klaus	Journalist
Seehawer , Christina	Landesfrauenring

Die Arbeitsgruppe tagte am 18.10.2004.

Ausgehend von einem Projekt „Sicherheitsberater für Senioren“ im Landkreis Osnabrück hat die Hessische Staatskanzlei die Frage einer Beschäftigung mit spezifischen Präventionsmaßnahmen für alte Menschen an den Landespräventionsrat herangetragen. Die bisherige Arbeitsgruppe „Städtische (öffentliche) Gewaltsituationen“ wird sich des Themas annehmen und heißt künftig Arbeitsgruppe „Prävention für ältere Menschen“.

Die Zahl alter und sehr alter Menschen wird in den nächsten Jahren noch weiter zunehmen, und es erscheint schon auf Anhieb plausibel, dass diese Bevölkerungsgruppe spezifischen Gefahren ausgesetzt ist, die es zu erkennen gilt und denen im Rahmen des Möglichen vorgebeugt werden sollte. Daher handelt es sich bei der Prävention für ältere Menschen um ein überaus wichtiges Thema, bei dem es nicht nur um materielle und physische Gefährdungen für pflegebedürftige alte Menschen geht, sondern auch um Gefahren und Überforderungen in einer ringsum technisierten und automatisierten Welt, in der nicht mehr ganz rüstige Menschen zum Opfer und nicht mehr Anpassungsfähige gelegentlich zum - vielleicht sogar objektiv die Strafbarkeit erreichenden - Schadensverursacher werden können. Bei solchen überaus komplexen und facettenreichen Problemen werden Lösungen auf vielen Gebieten - von der praktischen Geldauszahlung am Bank-schalter über die altersgemäße Ausstattung elektrischer Haushaltsgeräte bis hin zur Sicherung ordentlichen Pflegeverhaltens - überlegt werden müssen und die bereits bestehenden Vorkehrungen oder projektiv an der einen oder anderen Stelle begonnenen Maßnahmen zu sichten und im Hinblick auf eine allgemeine Einführung zu bewerten sein. In diesem Zusammenhang hat die

Arbeitsgruppe „Prävention für ältere Menschen“ beschlossen, sich alsbald über die Erfahrungen, die in dem Projekt „Sicherheitsberater für Senioren“ im Landkreis Osnabrück entstanden sind, wissend zu machen.

Die Arbeitsgruppe hat sich zum Ziel gesetzt, effektive Vorschläge zu gewinnen, die auch praktikabel sind. Sie geht davon aus, dass ihre Aufgabe sicherlich nicht kurzfristig zu erledigen ist, wird aber Zwischenergebnisse so schnell wie möglich weiterleiten.

E.
ARBEITSGRUPPE „JUGENDKRIMINALITÄT“
(mit Geschäftsstelle im Hessischen Sozialministerium)

Liste der Mitglieder

Vorsitzender	Prof. Dr. Hans-Dieter Heun
Geschäftsführerin	Burglinde Retza

Alphabetische Liste der weiteren Mitglieder

Diedrich , Bernd	Amtsgericht Rüsselsheim
Florschütz , Maria	Jugendkonfliktberatung Marburg
Kinzinger , Sigrid	Jugendamt Frankfurt
Kirchner , Gernot	Justizvollzugsanstalt Wiesbaden
Korstian , Peter	Hessisches Landeskriminalamt
Poseck , Dr. Roman	Hessisches Ministerium der Justiz
Rademacher , Helmolt	Hessisches Landesinstitut für Pädagogik
Tolksdorf , Klaus Jürgen	Hessischer Jugendring, Sportjugend Hessen
Weyel , Frank	DVJJ-Regionalgruppe Hessen

Die Arbeitsgruppe tagte am 23.10.2002, 5.2.2003, 24.4.2003, 8.9.2003, 4.12.2003, 3.3.2004, 30.6.2004 und 8.11.2004.

1. Entlassungsurlaub im Jugendstrafvollzug

Um Strafgefangenen eine komplikationslose Rückkehr in den Alltag zu ermöglichen, ist das Projekt der frühzeitigen Entlassung in Zusammenarbeit mit der Jugendgerichtshilfe, der Bewährungshilfe und dem Vollzug entwickelt worden. Folgende Empfehlung wurde von der Arbeitsgruppe verabschiedet. Das Modell ist aufgrund fehlender rechtlicher Grundlage noch nicht umgesetzt. Der Entwurf des Jugendstrafvollzugsgesetzes nimmt die Idee auf und die Möglichkeit einer Umsetzung wird wahrscheinlicher.

Empfehlung zur Einrichtung eines Modellprojektes zur Verbesserung der Entlassungsvorbereitung bei zur Jugendstrafe Verurteilten (Gewährung von Entlassungsurlaub auf die Dauer von drei Monaten)

Von besonderer Bedeutung für ein späteres Leben ohne Straftaten ist es, dass der aus dem Strafvollzug Entlassene in der ersten Zeit nach dem Ende der Inhaftierung einen strukturierten Lebensrahmen wieder aufbauen kann, der ihm den notwendigen Halt gibt.

Um diesem Aspekt Rechnung zu tragen sind eine Reihe von gesetzlichen und organisatorischen Maßnahmen vorgesehen. Dieses sind z.B.:

- Einem Gefangenen, der vorzeitig aus der Jugendstrafe entlassen wird, wird grundsätzlich ein Bewährungshelfer zur Seite gestellt (§§ 88, 24 JGG).
- Im Gegensatz zum Erwachsenenstrafrecht ist die vorzeitige Entlassung bei zu Jugendstrafe Verurteilten flexibel (§ 88 JGG). Das Gesetz kennt keinen sog. Halbstrafen- oder 2/3-Zeitpunkt. Die vorzeitige Entlassung wird vielmehr dann vorgenommen, wenn das erkennende Gericht meint, auch bezogen auf die Entlassungsvorbereitung, den richtigen Zeitpunkt gefunden zu haben.
- Über Vollzugslockerungen (Urlaub und Ausgang) soll die Entlassungssituation möglichst gut vorbereitet werden.
- Darüber hinaus kann der Gefangene als Freigänger in den sog. offenen Vollzug verlegt werden, wenn er für diese Vollzugsform geeignet erscheint.

Optimierung der Entlassungsvorbereitung durch erweiterte Beurlaubungsmöglichkeit

Die sicherlich sehr wichtigen Instrumentarien, die zur Vorbereitung der Entlassung derzeit zur Verfügung stehen, sollten durch die Möglichkeit, einem Gefangenen innerhalb der letzten drei Monate seiner Vollzugszeit Entlassungsurlaub zu geben, erweitert werden. Hierfür sprechen insbesondere folgende Gründe:

Der Entlassungsurlaub gewährleistet eine enge Anbindung an die Haftanstalt. Er wird von dort aus vorbereitet und begleitet. Befindet sich der Gefangene in einem Entlassungsurlaub, kann dieser bei Verstoß gegen Vereinbarungen bzw. Auflagen durch die Vollzugsanstalt widerrufen werden und der Gefangene aufgefordert werden, sich unverzüglich wieder in der Haftanstalt einzufinden bzw. seine Festnahme würde drohen. Einer erkennbaren negativen Entwicklung würde vorgebeugt.

Gleichzeitig soll die sozialpädagogische Betreuung in Kooperation mit der Jugendgerichtshilfe des zuständigen Jugendamtes, in dessen Zuständigkeitsbereich der junge Mensch seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat, stattfinden. Nach § 38 Abs. 2 letzter Satz JGG bleibt die Jugendgerichtshilfe während des Vollzugs mit dem Jugendlichen in Verbindung und nimmt sich seiner Wiedereingliederung in die Gemeinschaft an. Vorteil dieser Betreuung durch die Jugendgerichtshilfe ist auch der örtliche Bezug zum Lebensumfeld des noch Inhaftierten.

Das Gelingen einer guten Entlassungsvorbereitung innerhalb dieses Entlassungsurlaubes wird neben der Bereitschaft des Jugendlichen auch von der guten Zusammenarbeit zwischen Haftanstalt und Jugendgerichtshilfe abhängen.

- Über die bisher praktizierten Urlaube und kurzfristigen Besuchsausgänge zur Entlassungsvorbereitung kann letztlich nicht festgestellt werden, ob der zur Entlassung Anstehende mit den tatsächlichen Bedingungen außerhalb der Vollzugsanstalt zurecht kommt.
- Entsprechendes gilt auch für den Freigang. Bei dieser Lockerungsform ist ferner zu bedenken, dass der Gefangene in der Regel in einer Einrichtung untergebracht ist, die fernab von seinem Heimatort ist. Die Arbeit, die er aufnimmt, wird ihm in der Regel lediglich für die Zeit des Freigängereinsatzes durch den Strafvollzug vermittelt. Ferner kommt nur eine sehr begrenzte Anzahl von Gefangenen für eine Verlegung in eine Freigängereinrichtung in Betracht, weil insbesondere zeitliche Rahmenbedingungen zu berücksichtigen sind. Die derzeitige Organisation des offenen Vollzuges sieht vor, dass der Gefangene

zunächst wenigstens sechs Monate im geschlossenen Vollzug verbracht hat und dass ein Aufenthalt im Freigängerhaus zwischen sechs und zwölf Monaten betragen soll, bis es zur Entlassung kommt. Insbesondere die große Anzahl von kürzerstrafigen Gefangenen kommt daher für eine Verlegung in den offenen Vollzug nicht in Betracht.

- Die Bewährungshilfe kann ihre Unterstützung nur im Falle einer vorzeitigen Entlassung anbieten. Der Umfang ihrer Hilfeleistungen ist aufgrund ihrer Arbeitsbelastung begrenzt. Ferner kann sie im Wesentlichen nur Hilfe anbieten. Bei erkennbaren problematischen Entwicklungen kann sie jedoch keine unverzüglichen Entscheidungen treffen. Hat beispielsweise der Entlassene bereits wenige Tage später seinen Arbeitsplatz verloren und zeigt seine Lebensführung an, dass alsbald wieder mit alten Verhaltensmustern und insbesondere mit Straftaten zu rechnen ist, so ist unverzügliches Handeln geboten.

Es wird damit erkennbar, dass die Gewährung eines langen, nämlich dreimonatigen Entlassungsurlaubes zu einer qualitativen Verbesserung der Entlassungsvorbereitungen führen kann. Die Chancen einer gelungenen Resozialisierung verbessern sich. Der Terminus „Urlaub“ ist dabei eigentlich irreführend. Es geht nicht um Urlaub für den Gefangenen, sondern um „Arbeit“: Dem jungen Mensch soll ausreichend Zeit gegeben werden, sich aktiv um seine Wiedereingliederung zu bemühen, er soll zeigen, dass er es ernst meint, soll einen Wohnsitz begründen und eine Arbeit aufnehmen.

Das Strafvollzugsgesetz sieht in § 124 (Regelungen für die Sozialtherapeutischen Anstalten) vor, dass dem Gefangenen zur Vorbereitung der Entlassung Sonderurlaub bis zu sechs Monaten gewährt werden kann. Es steht außer Frage, dass der Jugendvollzug in seiner Arbeit sozialtherapeutisch ausgerichtet sein sollte und diese Regelung daher eine entsprechende Anwendung finden sollte. Dabei ist es nicht von entscheidender Bedeutung, ob man einen Zeitraum von drei oder sechs Monaten ins Auge fasst. Aus praktischen Überlegungen der Arbeitsbelastungen und dem Umstand, dass neue Projekte überschaubar sein sollen, erscheint es ratsam, eine kürzere Frist, nämlich die von drei Monaten, zu wählen.

Vergleichbare Überlegungen sind in diesem Bereich in der Schweiz angestellt worden, ohne die Begrifflichkeit des Urlaubs zu verwenden. Obwohl die Strafe nicht verbüßt ist, sollen die Strafgefangenen, wie bei dem hier vorgeschlagenen Projekt des Entlassungsurlaubes, normal zu Hause leben können; rein juristisch befinden sie sich jedoch weiterhin im Vollzug der Strafe.

Der Jugendstrafvollzug ist derzeit lediglich in § 91 JGG gesetzlich geregelt. In der Fachöffentlichkeit und in der Politik ist anerkannt, dass die Schaffung eines neuen Jugendstrafvollzugsgesetzes überfällig ist. Die praktische Ausgestaltung des Jugendvollzuges erfolgt heute überwiegend über die bundeseinheitlich geltenden Verwaltungsvorschriften zum Jugendstrafvollzug. Sie sind keine gesetzlichen Grundlagen und geben den Raum für ein Modellprojekt, wie es hier vorgeschlagen wird.

Die Justizvollzugsanstalt Wiesbaden ist bereit, sich für ein entsprechendes Modellprojekt zur Verfügung zu stellen. Herr Prof. Dr. Dr. Bock von der Universität Mainz hat eine grundsätzliche Bereitschaft zeigt, ein solches Projekt begleiten zu lassen.

2. Arbeit mit Spätaussiedlern

Die Arbeitsgruppe befasste sich ausführlich mit der Lebenssituation deutschstämmiger Jugendlicher aus Russland. Ausgangspunkt waren Erfahrungen mit diesem Personenkreis in der Justizvollzugsanstalt in Wiesbaden. Prof. Dr. Strasser von der Fachhochschule Hephata, Prof. Dr. Anhorn von der Evangelischen Fachhochschule Darmstadt und Frau Jeschawitz aus Echterdingen ergänzten aus ihren Erfahrungsfeldern.

Mangelnde Sprachkenntnisse, unzureichende Schulbildung und daraus resultierende geringe berufliche Perspektiven verzögern bei einer großen Anzahl von Menschen dieser Zielgruppe die Integration in den neuen Kulturkreis.

Verstärkt wird in jüngerer Zeit beobachtet, dass sich bei pubertierenden Aussiedlerjugendlichen neben Alkohol zunehmend illegaler Drogenkonsum als Problem entwickelt.

Kompetente Beobachter und engagierte Helfer dieser Zielgruppe berichten, dass präventiv gehandelt werden muss, damit diese Kinder und Jugendlichen nicht von russischdeutschen kriminellen Banden rekrutiert werden, um eine entsprechende Karriere zu beginnen. Es wurde festgestellt, dass ein dringender Handlungsbedarf für diese Gruppe gefährdeter Jugendlicher besteht.

Prof. Dr. Strasser erläuterte Aspekte der sozialen Arbeit mit Spätaussiedlern:

- Die Sprachprüfungen im Herkunftsland sind die Eintrittskarte in die Bundesrepublik Deutschland;
- zusätzliche strukturelle Förderungen der binationalen Familienverbände für den deutschen Arbeitsmarkt sind notwendig;
- es ist nachgewiesen, dass Integrationsprozesse nicht wie angenommen nach zehn, sondern nach 20 bis 30 Jahren abgeschlossen sind;
- Curricula der Hochschulen vermitteln keine interkulturellen und antirassistischen Inhalte, hierdurch findet keine fachlich fundierte Auseinandersetzung mit dem Bereich der Migration statt;
- besondere Kriminalitätsbelastungen einzelner Gruppen werden individualisiert und führen zu Zuschreibungen, wenn sie nicht korrekt analysiert werden;
- die Arbeit mit Migranten ist von Fremdheit und Differenzen bestimmt, die eine permanente Auseinandersetzung über die Deutung erforderlich macht.

Frau Jeschawitz berichtete, dass junge Frauen andere Integrationsmöglichkeiten als junge Männer haben, sie haben sprachlich bessere Ansätze.

Zusammenfassend wurde dargelegt, dass die soziale Arbeit mit Migranten aus Russland ein langwieriger Prozess ist. Pädagogische Fachkräfte sollten stärker geschult werden, um adäquat auf die fremden Probleme dieser Gruppe zu reagieren.

3. Prävention im Team

Aufbauend auf guten Erfahrungen in Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz wird nun auch Hessen ein Unterrichtsprogramm „Prävention im Team“ (PiT) zunächst im Modellversuch einführen. PiT bedeutet, dass Maßnahmen zur Gewaltprävention in Schulen gemeinsam von Polizei, Jugendhilfe und Schule geplant und durchgeführt und hierdurch systemisch in den Schulalltag eingegliedert werden.

Der Vorteil liegt auf der Hand: Maßnahmen sind punktgenau und aufeinander abgestimmt, vorhandene Ressourcen werden besser ausgeschöpft. Lernort ist die Schule, da Kinder und Jugendliche hier regelmäßig anwesend und ansprechbar sind.

PiT eignet sich aufgrund seiner vernetzten Struktur in idealer Weise, auch bereits bestehende örtliche Kooperationen mit Leben auszufüllen. Insofern überrascht es nicht, dass die Hessische Landesregierung im Dezember 2002 PiT als einen bedeutenden Baustein in der Umsetzung eines landesweiten „Netzwerks gegen Gewalt“ beurteilt hat.

Bereits seit August 2002 bereitet eine Unterarbeitsgruppe des Landespräventionsrats, besetzt mit Vertreterinnen und Vertretern aus den Bereichen Schule, Staatliches Schulamt, Polizei, Jugendhilfe sowie dem Hessischen Sozial- und Innenministerium, die Einführung von PiT vor. Hierzu wurden u.a. umfangreiche Materialien erarbeitet, die es den PiT-Akteuren erleichtern sollen, das Gewaltpräventionskonzept PiT Hessen in den Modellschulen umzusetzen. PiT Hessen folgt der bewährten Spur des bereits seit einigen Jahren bestehenden Trainingsprogramms „Cool sein - Cool bleiben“. Dieses gemeinsam von Sozialarbeitern, Schulpsychologen und Jugendkoordinatoren der Polizei in Frankfurt entwickelte Trainingskonzept bietet Kindern und Jugendlichen - ausgehend von deren Lebens- und Erfahrungswelt - die Chance, die Möglichkeiten gewaltfreien Widerstands in Bedrohungssituationen zu entdecken und eigene Handlungsoptionen zu entwickeln.

Dieser über „Cool sein - Cool bleiben“ eingeschlagene Weg wird in PiT Hessen weiterverfolgt und ausgebaut. Die Trainingsarbeit wird gemeinsam von Lehrerinnen/Lehrern, Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern der Jugendhilfe und Polizeibeamtinnen/Polizeibeamten - den PiT-Teams - getragen.

Die Mitglieder der PiT-Teams können sich gegenseitig in der nicht immer einfachen Arbeit zur Gewaltprävention unterstützen. Das Wissen und die Erfahrungen aller drei Berufsgruppen wird eingebracht und genutzt. Die Einbindung der Jugendhilfe in das Programm „Prävention im Team“ ist bundesweit bisher einmalig. Im Sinne einer konzertierten Aktion übernehmen alle Partner Verantwortung für die Arbeit mit jungen Menschen. Diesen wird ein gemeinsames Interesse aller Partner an ihnen und ihrer Entwicklung signalisiert.

Modellregion sind die Städte Frankfurt am Main und Offenbach sowie der Landkreis Offenbach. Bereits im November 2003 führte die Projektgruppe PiT für Schulen der Modellregion eine Informationsveranstaltung zu PiT durch, dem ein Bewerbungsverfahren für interessierte Schulen folgte. Insgesamt 16 Schulen wurden aus den zahlreichen Bewerbungen ausgewählt und können nunmehr an dem Modellprojekt PiT teilnehmen. Voraussetzung zur Teilnahme war insbesondere die Entscheidung des gesamten Lehrerkollegiums und der Schulleitung für eine dauerhafte Implementierung des Programms im Schulprogramm.

Bevor das Unterrichtsprogramm in den Modellschulen beginnend ab Sommer 2004 umgesetzt wird, werden die PiT-Teams in zwei Gruppen gemeinsam beschult. In zwei Fortbildungsblöcken mit jeweils einer drei- und einer zweitägigen Veranstaltung trainieren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer seit dem 26. April 2004 verschiedene Methoden und Übungen, um in den Schulklassen der Sekundarstufe 1 Schülerinnen und Schüler zu befähigen, Kompetenzen im Umgang mit gewaltbesetzten Situationen sowie persönliche Handlungsoptionen zu entwickeln. Junge Menschen sollen dabei unterstützt werden, in Gewaltsituationen eine oft

festzustellende Sprachlosigkeit zu überwinden. Daneben wird „richtiges“ Helferverhalten erlernt. Dies alles erfolgt unter dem Motto „Hinsehen - statt Wegschauen“.

Die PiT-Teams sind gleichzeitig ein schulnahes Hilfenetz, welches über das Programm hinaus in konkreten Einzelfällen schnell und problemorientiert reagieren kann.

PiT wird wissenschaftlich begleitet und evaluiert. Ergebnisabhängig wird nach Abschluss des Modellprojekts in 2005 eine landesweite Ausdehnung von PiT geprüft.

4. Sparmaßnahmen der Landesregierung

Durch die Sparmaßnahmen der Landesregierung im Zusammenhang der „Operation Sichere Zukunft“ wurden die Landeszuschüsse im Bereich der ambulanten Straffälligenhilfe für das Jahr 2004 gestrichen. Die Arbeitsgruppe nahm das mit Bestürzung zur Kenntnis, da gerade diese Projekte mit Erfolg gearbeitet haben. Der Vorsitzende übernahm es, der Sozialministerin einen Brief zu schicken mit der Bitte, die Kürzungen zu überdenken:

Herr Prof. Dr. Heun schrieb der Sozialministerin

Betr.: Kürzung der Landesmittel für die ambulante Straffälligenhilfe

In meiner Eigenschaft als Vorsitzender der Arbeitsgruppe Jugendkriminalität des Landespräventionsrates möchte ich Sie über die Auswirkungen der Landeskürzung im Bereich der ambulanten Straffälligenhilfe informieren.

Die von der Landesregierung beschlossene vollständige Kürzung in Höhe von 285.000 € im Bereich der ambulanten Jugendstraffälligenhilfe hat zur Folge, dass die verschiedenen Projekte ihre Angebotsstruktur deutlich reduzieren müssen. Dies steht in deutlichem Widerspruch zu dem ursprünglichen Ziel, eine ausreichende flächendeckende Versorgung ambulanter Hilfen in Hessen zu erreichen.

Die Kommunen werden aufgrund ihrer ebenfalls prekären Haushaltslage die ausgefallenen Mittel des Landes nicht kompensieren können.

Im Einzelnen sind davon betroffen gesetzlich festgeschriebene Jugendhilfeangebote in Verbindung mit einer jugendrichterlichen Weisung wie u.a. Soziale Trainingskurse, Betreuungsweisungen und der „Täter-Opfer-Ausgleich“ für Jugendliche und Heranwachsende. Die genannten Maßnahmen sind langjährig bewährte und unverzichtbare Maßnahmen für die JugendrichterInnen.

Diese drohende Unterversorgung wird dazu führen, dass wieder verstärkt (kostenintensive) freiheitsentziehende Maßnahmen wie Jugendarrest und Jugendstrafe angeordnet werden.

In den Jahren 2001 und 2002 wurden von den hessischen Projekten insgesamt 2.751 junge Menschen betreut.

Seit Jahren stellen die Träger einen erhöhten Bedarf an ambulanten Hilfen fest, der eigentlich einen Ausbau erforderlich gemacht hätte. Für die Jugendlichen und die Familien sind oftmals Wartezeiten entstanden, wertvolle Hilfe zur Erziehung konnte nicht zeitnah gewährt werden.

Die massive Angebotsreduzierung wird das Bestreben, möglichst schnell auf das Fehlverhalten Jugendlicher zu reagieren, erheblich erschweren. Die Nichtbearbeitung dieser Krisensituation führt in der Regel zu einem weiteren Abgleiten und zu einer Verfestigung krimineller Karrieren.

Ebenso schwerwiegend sind die Folgen für das Schlichtungsangebot Täter-Opfer-Ausgleich (TOA) im Jugendbereich. Insbesondere in Marburg musste das seit zwölf Jahren erfolgreiche Angebot ersatzlos wegfallen und in Limburg und Frankfurt erheblich reduziert werden. Der TOA hat hervorragende Ergebnisse erzielt; er ist praktizierter Opferschutz, Ängste und Traumatisierungen werden abgebaut und der Sozial- und Rechtsfrieden durch aktive Wiedergutmachung und Versöhnung wiederhergestellt.

Sie werden Verständnis dafür haben, dass die Mitglieder des Landespräventionsrates, der sich wesentlich mit vorbeugenden Maßnahmen zur Verhinderung der Kriminalität befasst, sehr betroffen auf die Kürzungen reagiert haben.

Im Interesse straffälliger junger Menschen und deren Familien bitte ich Sie, dafür Sorge zu tragen, dass die Strukturen einer wirksamen Jugendkriminalprävention durch ambulante Hilfen in Hessen erhalten bleiben.

Ich bitte Sie deshalb sehr um nochmalige Überprüfung und stehe Ihnen gerne zu einem persönlichen Gespräch zur Verfügung.

5. Künftige Themen:

- a) Kooperation von Jugendhilfe und Psychiatrie
- b) Anti-Schulschwänzer-Programme
- c) Jugendrechtshäuser
- d) Diagnostik bei Jugendkriminalität
- e) Kriminalität bei Mädchen
- f) Kriminalprävention konkret

F.
ARBEITSGRUPPE „LADENDIEBSTAHL“

Liste der Mitglieder

Vorsitzender	Wolfram Wiesemann
Geschäftsführer	Alfred Ritzke

Alphabetische Liste der weiteren Mitglieder

Albrecht , Frank	Landesverband des Hessischen Einzelhandels e.V.
Althaus , Stefan	Hessisches Ministerium der Justiz
Arndt , Dr.-Ing. Karin	Rhein-Main-Verkehrsverbund
Blaesing , Klaus	Polizeipräsidium Offenbach
Bölling , Lutz	Deutsche Bahn AG
Egert , Klaus	Hessisches Kultusministerium
Eunicke-Morell , Dr. Carola	Hessisches Kultusministerium
Harnischfeger , Bernd	Polizeipräsidium Frankfurt am Main
Kranz , Herbert	Rhein-Main-Verkehrsverbund
Schoenfeld , Dieter	Landesverband des Hessischen Einzelhandels e.V.

Die Tätigkeit der Arbeitsgruppe ruht (siehe hierzu den 5. Bericht Seite 47/48). Sie wird zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufgenommen.

G.
ARBEITSGRUPPE „PRAXISORIENTIERTE ERFOLGSKONTROLLE“

Liste der Mitglieder

Vorsitzender	Dr. Leo Teuter
Geschäftsführerin	Claudia Weisbart

Alphabetische Liste der weiteren Mitglieder

Desch , Roland	Polizeipräsidium Südhessen, Darmstadt
Dieckmann , Helmut	Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Frankfurt am Main
Geisler , Dr. Claudius	Hessisches Ministerium der Justiz
Heimer , Prof. Dr. Thomas	Hochschule für Bankwirtschaft Frankfurt am Main
Schneider , Prof. Dr. Hans	Fachhochschule Frankfurt am Main
Weyel , Volker	Büro für Suchtprävention Darmstadt
Wieland , Dagmar	Fachstelle für Suchtprävention Gelnhausen-Schlüchtern

Die Arbeitsgruppe tagte am 11.10.2002, 11.12.2002, 11.4.2003, 11.7.2003, 23.1.2004, 19.2.2004, 22.6.2004 und 19.7.2004.

Diese Arbeitsgruppe wurde eingerichtet, weil es bei der Präventionsarbeit nicht darauf ankommen kann, ob ein Vorhaben oder eine konkrete Arbeit mehr oder minder plausibel klingt. Nicht alles, was auf den ersten Blick „Sinn macht“, muss tatsächlich erfolgreich sein und damit eine effektive Verwendung von Engagement und finanziellen Mitteln darstellen.

Neben dieser wohl allgemein konsensfähigen Aussage gibt es im Bereich der Evaluation von (kriminal-) präventiven Ansätzen zwei Ernst zu nehmende Probleme: Erstens stellt sich die Frage, wie ein Geschehen, das (durch erfolgreiche Prävention) **nicht** passiert, einer messenden Beobachtung zugänglich gemacht werden kann. Und zweitens hat Evaluation immer auch etwas mit Kontrolle zu tun. Deshalb ist die Stellung der Beteiligten zueinander von größter Bedeutung.

In der Arbeitsgruppe bestand von Anfang an Konsens, dass die Messbarkeit von Präventionserfolgen - bei Anwendung geeigneter Untersuchungsmethoden - kein unüberwindliches Problem darstellen kann. Vorrangig war und ist für den von der Arbeitsgruppe verfolgten Ansatz aber, dass die Evaluation eine **Hilfe** für die praktisch tätigen Gruppen darstellen und auch als solche wahrgenommen werden soll. Deshalb war es aus Sicht der Arbeitsgruppe von großer Bedeutung, diese Gruppen möglichst früh an den Schritten zur Entwicklung eines hessischen Evaluationskonzeptes zu beteiligen. Der Aspekt der Kontrolle wird als Chance zur **Selbst**kontrolle verstanden.

Die Arbeitsgruppe entwickelte in ihren bisherigen Sitzungen den Entwurf für einen „Leitfaden zur praxisorientierten Erfolgskontrolle“, der auf der Homepage des Landespräventionsrates (siehe Seite 30) unter dem Stichwort „Publikationen“ ins Internet eingestellt ist.

Die Entwicklung dieses Leitfadens gestaltete sich schwieriger, als dies ursprünglich vorausgesehen wurde, denn es galt, wissenschaftliche Standards mit der erforderlichen Allgemeinverständlichkeit zu verbinden. Der Leitfaden soll weder ein beliebiges Selbstbestätigungsinstrument darstellen, noch darf er durch Sprache oder Umfang „Evaluationslaien“ verschrecken und damit die weit verbreitete Skepsis verstärken.

Ein erster Entwurf des Leitfadens wurde anlässlich des Treffens des Landespräventionsrates mit den örtlichen Gremien am 19.5.2004 in Bad Hersfeld vorgestellt. Die dort gewonnenen Erkenntnisse wurden in die weitere Überarbeitung des Entwurfes integriert. Am 1.10.2004 fand in Frankfurt ein Workshop statt, der die teilnehmenden Präventionsgremien mit dem Entwurf des Leitfadens und seinen Instrumentarien vertraut machen sollte.

Das Ergebnis dieses Workshops war die grundsätzliche Bestätigung des von der Arbeitsgruppe eingeschlagenen Weges. Allerdings wünschten sich die Teilnehmer eine noch bessere Anschaulichkeit des Leitfadens. Dieser Aufgabe widmet sich die Arbeitsgruppe gegenwärtig.

Ein weiteres wesentliches Anliegen der Arbeitsgruppe, das ebenfalls durch die Kommunikation mit den Vertreterinnen und Vertretern der in der Praxis tätigen Gruppen bestätigt wurde, besteht darin, nicht nur den Anspruch zu formulieren, einen Leitfaden zu entwickeln und dann die Praxis sich selbst zu überlassen. Der Erfolg einer breiten Verankerung von (Selbst-) Evaluation wird nach Auffassung der Arbeitsgruppe entscheidend von einer Bereitstellung geeigneter Unterstützungsangebote abhängen.

Deshalb fand am 29.4.2004 ein Gespräch zwischen dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe, dem Geschäftsführer des Landespräventionsrates und Herrn Prof. Dr. Egg, dem Leiter der Kriminologischen Zentralstelle in Wiesbaden, statt. Gegenstand dieses Meinungsaustausches waren Überlegungen, ob die Kriminologische Zentralstelle eine solche Unterstützungsfunktion übernehmen könnte. Konkrete Formen einer Zusammenarbeit in diesem Sinne konnten, bei aller Übereinstimmung in der Zielrichtung und in den Grundannahmen, nicht vereinbart werden.

Die künftige Arbeit der Arbeitsgruppe wird sich deshalb auf zwei Ziele zu konzentrieren haben: Erstens ist beabsichtigt, den Leitfaden in naher Zukunft in einer endgültigen Fassung vorzustellen. Zweitens soll ein Konzept entwickelt werden, in dem die Unterstützungsfunktionen beschrieben werden, die für eine Verwirklichung einer breiten Evaluationspraxis erforderlich sind.

H. ARBEITSGRUPPE „BEKÄMPFUNG ILLEGALER GRAFFITI“

Liste der Mitglieder

Vorsitzender	Wolfram Wiesemann
Geschäftsführer	Alfred Ritzke

Alphabetische Liste der weiteren Mitglieder

Albrecht , Frank	Landesverband des Hessischen Einzelhandels e.V.
Althaus , Stefan	Hessisches Ministerium der Justiz
Arndt , Dr.-Ing. Karin	Rhein-Main-Verkehrsverbund
Blaesing , Klaus	Polizeipräsidium Offenbach
Bölling , Lutz	Deutsche Bahn AG
Egert , Klaus	Hessisches Kultusministerium
Eunicke-Morell , Dr. Carola	Hessisches Kultusministerium
Harnischfeger , Bernd	Polizeipräsidium Frankfurt am Main
Kranz , Herbert	Rhein-Main-Verkehrsverbund
Schoenfeld , Dieter	Landesverband des Hessischen Einzelhandels e.V.

Die Arbeitsgruppe tagte am 11.11.2002, 28.1.2003, 26.3.2003, 11.4.2003, 25.9.2003, 8.10.2003, 4.12.2003, 4.2.2004, 22.4.2004, 3.6.2004, 13.7.2004, 22.9.2004 und 24.11.2004.

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe haben sich zunächst in mehreren Tagungen einen detaillierten Überblick über die Gesamtsituation von präventiven Bekämpfungsstrukturen illegaler Graffiti verschafft und anschließend Sachverständige zu einzelnen, als besonders wichtig eingeschätzten Problemfeldern gehört.

In der Gruppe bestand anschließend Übereinstimmung, dass es für die Verhinderung und Beseitigung von illegaler Graffiti keine allgemeingültigen Mechanismen gibt, die den örtlichen Präventionsräten zur Verfügung gestellt werden könnten, da eine erfolgreiche Arbeit u.a. von zahlreichen Umständen der einzelnen Örtlichkeiten und deren besonderen Verhältnissen abhängt.

Die Arbeitsgruppe beschloss daher, eine Informationsmappe herzustellen, die den lokalen Präventionsräten übersandt werden soll. Diese Dokumentation soll das Graffiti-Problem aus den unterschiedlichsten Aspekten darstellen und - hierauf legt die Arbeitsgruppe besonderen Wert - sie sollte praktische Hinweise enthalten, die beschreiben, wie durch unterschiedliche Maßnahmen die Herstellung von illegalen Graffiti erschwert und deren Beseitigung effektiv gestaltet werden kann.

Die Beiträge für die Arbeitsmappe sind im Entwurf fertiggestellt.

Im Hinblick auf den überaus erfolgreichen Videowettbewerb der Arbeitsgruppe „Ladendiebstahl“, der inzwischen von zahlreichen Bundesländern kopiert worden ist, hat die Arbeitsgruppe in Zusammenarbeit mit dem Kultusministerium beschlossen, einen Schülerwettbewerb auszusprechen. Die Schüler aller hessischen Schulen sollen die Möglichkeit erhalten, sich an einem Preisausschreiben zu beteiligen, bei dem - medienoffen - Beiträge prämiert werden sollen, die eine erfolgreiche, konkrete Strategie zur Bekämpfung und Beseitigung von Graffiti darstellen. Die besten Einsendungen sollen mit lukrativen Preisen honoriert werden. Auf den Wettbewerb wird hessenweit mit Flyern und Plakaten hingewiesen werden.

Die Vorbereitungen für dieses Projekt stehen vor dem Abschluss; es soll zeitgleich mit der Versendung der Arbeitsmappe beendet werden.